

# Holzarbeiter-Zeitung.

## Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

<p>Erscheint wöchentlich, Sonntags. Abonnementspreis M. 1 pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Post-Nr.: 3539.</p>	<p>Verantwortlich für die Redaktion: A. Röcke, Hamburg; für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Wisdmarstr. 10.</p>	<p>Inserate für die viergespaltene Zeilzeile oder deren Raum 30 <math>\mathcal{G}</math>, Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 <math>\mathcal{G}</math>, Versammlungsanzeigen 10 <math>\mathcal{G}</math>. Beilagen nach Uebereinkunft.</p>
--	--	---

### Vorbewegung.

Zugang ist fern zu halten von:  
 Tischlern nach Birna (Tischlermeister Karl Wurft), Strelitz (Dampftischlerei L. Mann), Wilhelmshaven (Th. Poppen);  
 Bau- und Möbeltischlern nach Raumburg (Steinide & Co., Baugeschäft), Nordhausen, Neudamm (Seiffert & Schmidt);  
 Tischlern und Drechslern nach Köslin;  
 Möbeltischlern nach Hamburg (Doose, Heß & Niffel und Klein, Ottenen);  
 Tischlern, Drechslern, Bildhauern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Frankfurt a. d. O. (Firma Manz & Gerstenberger);  
 Mafasterdrechslern nach Berlin;  
 Polirern nach Sangerhausen (Firma Braun & Michardt);  
 Pinselarbeitern und Arbeiterinnen nach Nürnberg (Rosenfeld'sche Pinselfabrik);  
 Stockdrechslern nach Wien;  
 Stellmachern nach Dessau (Gasbahnfabrik);  
 Korbmachern nach Wulsdorf bei Bremerhaven (Werkstätte von Lührsen) und Oranienburg.

### Ein Archiv für unseren Verband!

Das 19. Jahrhundert, das zukünftige Geschichtsschreiber stets als die Wiege der deutschen modernen Arbeiterbewegung, insbesondere der jetzigen Gewerkschaftsbewegung bezeichnen werden, neigt sich seinem Ende entgegen.

Die Zeiten schwinden schnell. So jung unsere Organisationen sind, haben sie doch nun bereits einige Jahrzehnte mühevollen Schaffens hinter sich.

Im Fluge der Zeit überstürzen sich die Ereignisse. Nur verhältnismäßig wenig vermag das Erinnerungsvermögen davon festzuhalten. Und doch giebt es keinen besseren Lehrmeister als die Geschichte der Vergangenheit. Darum ist es Pflicht der Menschen in der Gegenwart, die gemachten Erfahrungen auf die Zukunft zu überliefern.

Wer heute eine Geschichte der ersten Anfänge unserer Organisation für die Nachwelt schreiben wollte, würde nur wenig, allzu wenig Material vorfinden. Es fehlte eine Stelle, an welcher das gesammelte Material gesammelt worden wäre; es fehlte ein **Verbands-Archiv!**

Seit Gründung des Holzarbeiterverbandes ist ein solches Archiv im Verbandsbureau angelegt worden, welches Jedem einen genauen Einblick in die Entwicklung der heutigen Organisation ermöglicht. Dasselbe enthält auch mancherlei älteres Material, besonders von dem früheren Tischlerverband und der Vereinigung der Drechsler.

Aber dieses Material aus der Zeit vor 1893 ist sehr unvollständig, namentlich aus den 80er Jahren. Und aus der Zeit vor dem Sozialistengesetz ist rein Nichts vorhanden.

In der Hoffnung, daß es heute vielleicht noch nicht zu spät ist, wenden wir uns hierdurch an die Kollegen, besonders an die Alten unter ihnen, mit der Aufforderung, uns bei der Vervollständigung des Verbands-Archivs behülflich zu sein.

Wer immer alte Publikationen, Zeitungen, Vereinsstatuten, Protokolle, Abrechnungen oder irgend welche sonstigen Drucksachen, desgleichen Briefe etc., in seinem Besitze hat, welche auf die Organisation der Tischler, Drechsler, Stellmacher, Würtsternmacher, Korbmacher etc. in früheren Zeiten Bezug haben, der möge sie dem Verbands-Archiv zukommen lassen. Und zwar bitten wir, uns derartiges Material ohne jede Auslese zuzusenden, da oft ein noch so unbedeutendes Schriftstück im Zusammenhang mit anderen von Wichtigkeit für den Historiker sein kann.

Die nöthige Auslese wird deshalb von uns selber besorgt werden und sind wir gerne bereit, überflüssiges Material, Doppel-exemplare etc. wieder zurück zu senden.

Nochmals aber ersuchen wir alle Kollegen, in ihren Schränken und Kästen unter den alten Papieren nachzusehen, was die Verführungswuth während des Sozialistengesetzes an Akten und Dokumenten aus der Geschichte der Holzarbeiterorganisation übrig gelassen hat.

Auf Verlangen sind wir gerne bereit, werthvollere Sachen entsprechend zu bezahlen, wie wir das Porto für die Einlieferung in jedem Falle gerne ersetzen werden.

Alle Sendungen bitten wir an die Adresse des Verbandsvorstandes, Stuttgart, Reinsburgstraße 67, zu adressiren.

Indem wir noch bitten, diesen Aufruf auch solchen älteren Kollegen bekannt zu geben, welche zur Zeit dem Verbande nicht mehr angehören, aber früher in der Organisation thätig waren, geben wir uns der Hoffnung hin, daß Alle, die dazu im Stande, mithelfen werden, das Verbands-Archiv zu einer Fundgrube des Wissens und der Belehrung werden zu lassen für Gegenwart und Zukunft.

Der Vorstand  
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

### Ein Rückblick auf das Jahr 1899.

Wieder neigt ein Jahr seinem Ende zu. Ein Zeitabschnitt voller Hoffnungen und Enttäuschungen, ein Jahr fortwährender Kämpfe, in bunter Abwechslung zwischen Siegen und Niederlagen, und doch ein Jahr, dem die klassenbewußte Arbeiterschaft nicht zu großen braucht.

Welch' ein Wandel zwischen Beginn und Ende des Jahres! Standen wir zu Beginn unter dem Eindruck der Deynhausener Rede, in welcher Jedem, der seine Arbeitskraft durch die Eingriffe „Arbeitswilliger“ nicht entwerthen lassen wollte, die Zuchthausstrafe angedroht wurde, so können wir am Ende des Jahres ausrufen: Dem energischen Protest der Arbeiter ist es gelungen, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen und die reaktionären Elemente in den Sand zu sireden!

Der 20. November wird ein denkwürdiger Tag bleiben in der Geschichte, er wird sein ein Werkstein, auf dem mit unvergänglichen Initialen die Worte eingegraben sind: „Hier siegte das arbeitende Volk über die reaktionären Stützen von „Thron und Altar“, über die „staatsbehaltenden“, „Sitte und Ordnung liebenden“ Träger und Politiker des Zuchthausstrafes im Jahre des Heils und der Humanität 1899.“ Wenn der 20. November in Arbeiterkreisen mit Recht als ein Tag „erster Ordnung“, um mit Faß zu reden, sein wird, so darf nicht vergessen werden, daß auf Seiten der Bestiegten Revanche verlangt wird. Das Unternehmertum, in dessen Interesse die Regierung am 20. November zum „blamirten Europäer“ wurde, wird nicht ruhen, wenn nicht auf gesetzlichem Wege, so doch durch Selbsthilfe die Scharte wieder auszuweihen. Die Neugründungen und Zentrallistungen schon bestehender Unternehmerorganisationen sind der beste Beweis dafür. Die Arbeiterschaft wird diesem Werbeprospekt in Unternehmerkreisen ihre weiteste Beachtung schenken, und in gleicher Weise die zerstreuten Kampftruppen sammeln, sie zu größeren Kadres vereinigen und neue Kämpfer werben müssen. Das ist das unerbittliche Muß dem steten Rücken der Ausbeuter gegenüber. Aber auch bezüglich der Taktik muß der Kurs geändert werden.

Es geht nicht an, daß Streiks inszenirt und Lohnforderungen gestellt oder zu stellen beabsichtigt werden, ohne auch nur über die bescheidenste Munition zu verfügen. Eine ganze Anzahl Kämpfe sind in diesem Jahre verloren gegangen, weil zu ihrer Führung diese nöthigen Vorbedingungen fehlten. Das wird für die Zukunft anders werden müssen. Doch darüber später einmal.

Auf politischen Horizont leuchtet der arbeitenden Klasse kein Morgenstern. Wenngleich das Verbot des Inverbindtretens aufgehoben, ihr etwas mehr Elbogenfreiheit in Bezug auf die Gestaltung ihrer

politischen Organisationen eingeräumt ist, so wird doch andererseits mit Hochdruck gearbeitet, um den Unternehmern und der unterlegenen Regierung zu Liebe, der Arbeiterschaft die beabsichtigte Wirkung des abgelehnten Zuchthausgesetzes fühlen zu lassen, und zwar durch das Mittel von Verordnungen und Entscheidungen. Unterdrückung und Beugung des Rechts auf alle Fälle, im Interesse des heiligen Unternehmerprofits!

Rechte hat die arbeitende Klasse nur wenige, aber um desto größere Pflichten demselben Staate gegenüber, der seit Jahren nichts eifriger betreibt, als ihre Anebelung und Entrechtung. Raum hat sich das arbeitende Volk von dem Schreden erholt, der ihm ob der Bewilligung der Flotte im vorigen Jahre in die Glieder gefahren ist, und schon wieder tauchen in allernächster Nähe neue Flottenpläne auf, für deren Durchführung im Mindestfalle 800 Millionen Mark erforderlich sind, die, wie alle anderen Deckungsmittel, aus den Pöllen auf die nothwendigsten Lebensmittel der arbeitenden Klasse gewonnen werden. Vornehmlich sind Brot, Bier und der Hering — die „Luxusgegenstände“ der großen Masse — die Deckungsobjekte, auf die es die Flottenschwärmer abgesehen haben. Die Arbeiter müssen also bei der schon heute stetig fortschreitenden Preissteigerung der Lebensmittel in Zukunft den Hungerriemen noch etwas fester anziehen und mit den Ihrigen sich um so größere Entbehrungen auferlegen, als es andererseits durch Repressionsmaßregeln ihnen schwer gemacht wird, die Mehrausgabe für neue moderne Spielzeuge, genannt Panzerschiffe, durch eine Mehreinnahme auszugleichen.

In Bezug auf Sozialpolitik ist auch im letzten Jahre sehr wenig geschehen. Die Novelle zum Invaliditätsgesetz schließt zwar einige Verbesserungen in sich, aber auf dem Gebiete der Unfall- und Krankenversicherung geht es im Reiche nach der bekannten Pofadowsky'schen Devise: „Immer langsam voran.“ Auch die letzten Beratungen im Reichstage über die zum 25. Mal einer Revision unterzogene Gewerbeordnung ließen erkennen, daß für Sozialreformen in Bezug auf den Schutz der Hausindustriellen und Heimarbeiter weder ein Interesse noch der gute Wille vorhanden ist. Dasselbe war der Fall bei dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf zum Schutze des Koalitionsrechts. Nur um Himmelswillen nichts, was die wirtschaftliche Lage der Arbeiter bessern und möglicherweise den Unternehmergewinn beeinträchtigen könnte! Wo der letztere in Gefahr kommt, hat die Arbeiterfreundlichkeit nicht nur der konservativen, sondern auch der bürgerlichen Elemente ein Ende, und die Arbeitervertreter bleiben allein mit ihren berechtigten Wünschen und Anträgen.

Was nun die Verhältnisse in unserer Organisation betrifft, so können wir, wie im Vorjahre, auch von diesem sagen, es war ein Jahr des Kampfes. Die Zahl der Lohnkämpfe, vornehmlich die um Verkürzung der Arbeitszeit und procentuale Lohnerhöhung, ist größer, als die im Vorjahre. Auch ist der Erfolg derselben befriedigend, wenn er auch nicht an den des Vorjahres heranreicht. Die bedeutendsten Kämpfe führten die Tischler in Bielefeld, Burg, Chemnitz, Erfurt, Lüneburg, Leipzig und Stuttgart ein voller Sieg errungen wurde, konnte in den anderen Orten ein nur theilweiser erzielt werden. Ganz besonderes Interesse bot der Streik in Burg. Trotz der Hartnäckigkeit der dortigen Arbeitgeber, trotz der schwarzen Listen und sonstiger unrühmlicher Machinationen, die sie verübten, ließen sich unsere Kollegen nicht irre machen, sondern hielten treu zusammen und hatten die Genugthuung, daß nach einem mehr als sechs Monate dauernden Kampf ihre sämtlichen Forde-

rungen bewilligt wurden. Der Stuttgarter Möbel-  
 tischlerstreik ist von nicht minderer Bedeutung für das  
 weitere Vorbringen der süddeutschen Orte zwecks Ver-  
 kürzung der Arbeitszeit. Mit besonderer Freude er-  
 füllte jeden Kollegen das Vorgehen und der Erfolg  
 der Leipziger Tischler; der letztere dürfte nicht nur auf  
 die günstige Geschäftskonjunktur am Orte, sondern vor-  
 nehmlich auf das rasche, entschlossene Vorgehen der  
 Streikenden zurückzuführen sein. In ihrem Falle war  
 die von der Zeitung ausgegebene Devise: „Möglichst ist  
 Trumps!“ sehr gut am Platze; ob sie überall den  
 gleichen Erfolg zeitigen würde, müssen wir doch in  
 Zweifel ziehen und möchten nicht rathen, allgemein nach  
 dem Leipziger Beispiele zu verfahren.

Mit einer Niederlage endeten die Kämpfe der  
 Musikinstrumentenarbeiter in den Lochmann'schen und  
 Adler-Musikwerken in Leipzig. Aus ihnen kann für  
 die Zukunft manche nützliche Lehre gezogen werden.  
 Erwähnt sei noch der Augsburger Tischlerstreik, dessen  
 günstiger Erfolg (Verkürzung der Arbeitszeit um 2 1/2  
 Stunden pro Woche, 10 pSt. Lohnaufschlag usw.) um  
 so höher anzuschlagen ist, als dort Jahre hindurch gar  
 kein Fortschritt in der Organisation gemacht werden  
 konnte. Auch der Erfolg unserer Kollegen in Dielefeld  
 ist den Umständen nach ein recht annehmbarer. Ihr  
 Streik war unter den vielen von anderen Organisationen  
 geführten Streiks der letzten Jahre der einzige, welcher  
 mit keiner Niederlage, sondern mit einigen Errungen-  
 schaften abschließen konnte. Die Organisation hat sich  
 dort gehoben, wie es scheint andauernd, und wir  
 dürfen daher wohl hoffen, daß dem ersten Erfolge  
 andere folgen werden. In einer großen Zahl Orte  
 waren Werkstättenstreiks zu führen, die mit mehr oder  
 weniger Erfolg endeten. Von vielen ist uns das End-  
 resultat unbekannt geblieben, so auch von den meisten  
 in Berlin geführten Werkstättenstreiks. Soweit wir  
 aber im Allgemeinen unterrichtet sind, können wir wohl  
 sagen, daß unsere Berliner Kollegen mit den erzielten  
 Erfolgen vollauf zufrieden sein können.

Recht erfreulich war im letzten Jahre das Emanzi-  
 pationsbestreben der Stellmacher. In mehreren Orten  
 (so in München und Hannover) vermochten sie mit ihrer  
 Forderung: „Abkündigung von Kost und Logis beim  
 Meister“, durchzubringen. In mehreren Orten bzw.  
 Werkstätten befanden sich auch die Drechsler, Korb-  
 macher, Parkettbodenleger und Bürstenmacher in Dis-  
 senzen mit ihren Arbeitgebern. Ein Streik der Letzteren  
 bei der Firma Rosenfeld in Nürnberg währte schon  
 viele Wochen. Wenn er auch erfolglos enden dürfte,  
 so bringt er doch dem Unternehmer, der äußerst hals-  
 starrig ist, einen unermesslichen Schaden. Ein weiterer  
 Streik von Bedeutung ist der bei der Firma Manz &  
 Gerstenberger in Frankfurt a. M., an welchem  
 98 Personen beiderlei Geschlechts, aus den verschiedensten  
 Berufen angehörig, beteiligt sind. Wie wir hoffen,  
 werden die Arbeiter doch noch einige Erfolge erzielen.

Mit der Zunahme der Mitglieder im letzten Jahre  
 darf der Verband zufrieden sein. Die Mitgliederzahl,  
 welche am Schluß des vorigen Jahres 50900 betrug,  
 dürfte 70000 überschreiten. Dieser Erfolg ist zum  
 Übergroßen Theile, das wollen wir rühmlichst anerkennen,  
 der regen Agitation der Gewerkschaften zuzuschreiben.  
 Wir sind von diesem günstigen Erfolge nicht überrascht,  
 denn es ist eben kein Augenblickserfolg, wir haben ihn  
 kommen. Von Woche zu Woche stieg die Auflage der  
 „Holzarbeiter-Zeitung“, und die rege Diskussion über  
 die Frage der Arbeitslosenunterstützung bringt uns den  
 Beweis, daß auch ein reges Interesse am Verbands-  
 vorhaben ist.

Wir möchten nur wünschen, daß, wenn dieselbe ein-  
 geführt werden sollte, wir am Schluß des kommenden  
 Jahres mit eben solch großer innerer Freude ausrufen  
 könnten: Die Erfolge des Verbandes waren im Jahre  
 1900 eben solch günstige wie im Vorjahre!

Wird unser Wunsch in Erfüllung gehen? Wir  
 wagen nicht, es zu behaupten, aber das wissen wir:  
 wie die Entscheidung auch ausfallen möge, daß jeder  
 der Entscheidenden das Beste für den Verband will;  
 und wo dieses ehrliche Streben obwaltet, da kann, ob  
 so, ob anders der Beschluß lautet, die Organisation  
 der deutschen Holzarbeiter keinen Schaden nehmen.  
 Darum, Kollegen, getrosten Muthes hinauf ins neue  
 Jahr. Was es auch bringen mag in seinem verborgenen  
 Schooße an Freud' und Leid für den Einzelnen unter  
 uns, das Eine wollen wir uns an seiner Schwelle ge-  
 loben: allen reaktionären Strömungen zu trotzen, in  
 allen Kämpfen gegen den gemeinsamen Feind treu  
 zusammen zu stehen und unverbrüchlich unsere einzige,  
 was in wirtschaftlichen Kämpfen schützende Organisation  
 hoch zu halten.

Halten wir an dem alten Wahrspruch: „Alle für  
 Einen und Einer für Alle“ auch im kommenden Jahre  
 fest, denn was kommen, was da wolle, keine  
 Macht wird uns besiegen!

### Der Einigungskongreß der französischen Sozialisten.

S. In Frankreich hat in der ersten Woche des  
 Dezember ein Kongreß stattgefunden, der für die Arbeiter-  
 bewegung von großer Bedeutung ist. Nicht nur be-  
 ansprucht er seine Bedeutung für Frankreich, sondern  
 er bietet auch des Interessanten und Lehrreichen viel  
 für uns Deutsche. Der Kongreß sollte eine Ver-  
 einigung der unter sich unruhigen Parteigruppen der  
 sozialistischen Partei herbeiführen. Die Differenzen  
 selbst sind alte und die Frage Dreyfus und Millerand,  
 die zum großen Konflikt innerhalb der verschiedenen  
 Gruppen führte, ist nicht der einzige Gegensatz, sondern  
 nur ein aus den gegensätzlichen Strömungen ganz  
 folgerichtig resultirender. Es würde zu weit führen  
 und hat für uns weniger Bedeutung, das Trennende  
 der einzelnen Gruppen zu schildern.

Der Kongreß hat seine Aufgabe erfüllt; er hat die  
 Einigung beschlossen; wir haben wieder eine einige  
 sozialistische Partei. Wir sagen wieder, weil es nicht  
 das erste Mal ist, daß solche Einigungsversuche unter-  
 nommen wurden, die äußerlich auch den Eindruck des  
 Gelingens machten. Als bei der letzten Wahl die  
 sozialistische Partei in der Kammer einen großen Erfolg  
 erzielte, sie zirka 45 Mandate errang, einigte man sich  
 zu einer sozialistischen Kammerfraktion. Allgemein  
 glaubte man, daß dieser Beschluß auch auf die Gesamt-  
 partei einen wohlthätigen Einfluß ausüben würde.  
 Man hat sich getäuscht; bald sonderte sich Dieser, bald  
 Jener von der Partei ab, bis es schließlich zum offenen  
 Aufruhr in der Dreyfussache kam. Mehrfache fehl-  
 geschlagene Versuche einer Einigung sind diesem voraus-  
 gegangen. Es fragt sich nun, wird der Versuch des  
 Pariser Kongresses gelingen? Wer die Verhandlungen  
 und Beschlüsse des Kongresses gelesen hat, muß sehr  
 im Zweifel sein.

Was die Verhandlungen anbetrifft, so zeigten sie  
 große Gegensätze in taktischen Fragen. Die Revolution,  
 als einzige sichere Stütze des Erfolges im phrasenhaften  
 Wortschwall vorgetragen, beherrschte die eine Richtung,  
 während die andere die hohe Bedeutung des emsigen  
 praktischen Wirkens hervorhob. Gewiß, in Frankreich  
 mag die Revolution — wir meinen die Revolution  
 hier im Sinne eines gewaltsamen Eingreifens — nichts  
 Aussichtsloses haben; das Proletariat hat mehr denn  
 einmal den Muth gezeigt, mit diesem Mittel wie ein  
 reinigendes Gewitter durchzufahren. Aber dauernd  
 war ihnen der Erfolg nie sicher; dafür hätte es neben  
 der revolutionären That auch der revolutionären Arbeit  
 bedurft. Diese fehlte und jene konnte die Erfolge nicht  
 festhalten. Das scheint uns aber das Bedeutsame auf  
 dem französischen Kongreß, daß die revolutionäre Arbeit  
 sehr zur Geltung kam, und sie wird in erster Linie  
 berufen sein, für spätere Zeit die Einigung herbei-  
 zuführen.

Ein Stück revolutionärer Arbeit ist die Gewerk-  
 schaftsbewegung, revolutionär im Sinne des Losreisens  
 von den alten Vorurtheilen, der Knechtsstellung der  
 Arbeiter und des Aufbaus einer Machtstellung der  
 Arbeiter, die allen Stürmen Trotz bieten kann. Insofern  
 hat der französische Kongreß ein größeres Interesse  
 für die Gewerkschaften. Es war beachtenswerth, daß  
 sämtliche Gewerkschaften den Eintritt des Sozialisten  
 Millerand in das Ministerium gutheießen. Warum?  
 Die Gewerkschaften hatten sehr schnell erkannt, daß es  
 für sie durchaus nicht gleichgültig ist, wer im Handels-  
 ministerium sitzt. Das Eintreten des Ministers im  
 Streik der Arbeiter in Creuzot, die Schlichtung des  
 Streikfalls, ist — so viel wir die Verhandlungen über-  
 blicken konnten — von den Gewerkschaften lobend an-  
 erkannt worden.

Aber nicht nur dieser eine Fall war es, der die  
 Entscheidung gab; sehr zutreffend sagte ein Redner:  
 „Unter dem Minister Millerand werden die Gewerk-  
 schaften unterstützt und gefördert, während sie sonst  
 bekämpft wurden“. Jeder verständige Politiker wird  
 eine solche Aenderung nicht gering anschlagen, es sei  
 denn, er liebt es, nur mit Phrasen zu manövriren. Das  
 weitere Unternehmen des Ministers, die sozialpolitischen  
 Gesetze zur strengen Durchführung zu bringen, hat in  
 der Arbeiterschaft den günstigsten Eindruck gemacht, und  
 man fragt sich vergeblich, was könnte es für einen  
 Nutzen für die Arbeiterklasse haben, wenn heute  
 Millerand seinen Posten verläßt und alle seine Ver-  
 sänkungen von dem Nachfolger in die Kammer  
 geworfen werden, sowie seine in Vorbereitung be-  
 findlichen Arbeiten als Makulatur bei Seite gelegt  
 werden?

Daß es heute Tausende von Arbeitern in Frankreich  
 giebt, die sagen: Es hat keinen, gar keinen Vortheil  
 für uns, wir wünschen, daß Millerand seine Arbeit  
 fortsetze! — das ist ein Gewinn für die französische  
 Arbeiterbewegung. Dabei zeigt sich, daß die Gewerk-

schaft, sobald sie etwas leisten kann, ihren rein negativen  
 Standpunkt verlassen muß, die praktische Arbeit nach  
 Mitteln und Wegen zum Fortkommen sucht und nicht  
 die Hoffnung auf irgend welche Pflöcklichkeiten stellt.  
 Das wird, ähnlich wie es in Deutschland geschehen  
 ist, auf die sozialistische Bewegung den besten Einfluß  
 ausüben. Sodann, gelingt es, den Gewerkschaften in  
 Frankreich zu größerem Einfluß zu kommen, so werden  
 sie auch auf das Einigungswerk fördernd wirken können,  
 indem sie die Arbeiterbewegung von der revolutionären  
 Phrase befreien die auf dem französischen Kongreß  
 noch eine gewaltige Rolle spielte. Wir wurden bei  
 einigen Rednern stark an unsere Unabhängigen Werner,  
 Wilbberger usw. erinnert.

Wie bereits gesagt, die Einigung scheint uns auf  
 lockeren Füßen zu stehen. Das ist auch an dem Einigungs-  
 beschluß zu erkennen. Er ist unklar und widerspruchs-  
 voll von der temperamentvollen Versammlung gefaßt.  
 Der Antrag Guesde sagt, es darf kein Sozialist in  
 das Ministerium eintreten; die Einigungsresolution da-  
 gegen erlaubt es, wenn die Partei ihre Zustimmung  
 giebt. Unsere Kongreßbeschlüsse sind gewiß auch nicht  
 der Weisheit letzter Schluß, aber solche unklare und  
 von der momentanen Stimmung diktierten Beschlüsse  
 fehlen uns doch. Wir können nur den Wunsch hegen,  
 daß diejenigen in der französischen Partei die Ober-  
 hand gewinnen mögen, die in planvoller, ruhiger, wohl  
 überlegter Weise auf das Ziel lossteuern.

### Briefe aus dem Reichstage.

Die Arbeiterbewegung hat sich eine Machtstellung und  
 Einfluß errungen, daß sich demselben weder die Reichsregierung  
 noch die bürgerlichen Parteien entziehen können. Die jung-  
 und klangoße Verschärfung des „Gesetzentwurfes zum Schutze  
 der Arbeitswilligen“ war ein Triumph der Sache des arbeitenden  
 Volkes, wie demselben ein solcher seit dem Aufgeben des Sozialisten-  
 gesetzes nicht wieder beschieden war.

Die Niederlage, die am 20. v. M. der Reichsregierung von  
 dem Reichstage bereitet worden war, war eine überwältigende.  
 Jede andere außerdeutsche Regierung würde den Tag der Nieder-  
 lage nicht überlebt haben, sondern den Platz haben räumen  
 müssen. Doch bei uns sind die Gepflogenheiten andere als in  
 parlamentarisch regierten Ländern. Die Väter der Zuchthaus-  
 vorlage sind geblieben, und damit bleibt die Gefahr ihrer Wieder-  
 lehr bestehen. Wir leben im Zeichen des Rückwärts — die  
 einzige Erklärung der Situation. Der bestehen gebliebenen Ge-  
 fahr gegenüber kann die Warnung nicht oft genug wiederholt  
 werden — Arbeiter seid auf dem Posten und haltet das Pulver  
 trocken.

Dem Triumph vom 20. v. M. reihte sich ein zweiter am  
 6. Dezember an. Zur Debatte stand der Antrag auf „Auf-  
 hebung des Verbotes des Inverbinduntretens inländischer  
 politischer Vereine“, dieser hauptsächlich Fessel der gewerk-  
 schaftlichen und politischen Betätigung der Arbeiterklasse.

Unter dem irrischen Eindruck des gegen die sozialdemokratische  
 Parleileitung und die verschiedenen Organe der Berliner Ge-  
 nossen geführten Prozesses wegen Verletzung des § 8 des  
 preussischen Vereinsgesetzes, fand der sozialdemokratische Antrag,  
 das Verbindungsverbot durch das Bürgerliche Gesetzbuch zu  
 beseitigen, günstige Aufnahme. Der Reichskanzler verbinterde  
 die Annahme des Antrages durch die Abgabe des Versprechens,  
 sämtliche Bundesregierungen seien bereit, das Verbot auf-  
 zuheben, und zwar noch vor dem Termin des Inkrafttretens  
 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Nur vier Bundesstaaten sind  
 dem Versprechen des Reichskanzlers gerecht geworden.

Am 1. Januar 1900 tritt das Bürgerliche Gesetzbuch in  
 Kraft. Zeit hatte somit die Reichsregierung nicht mehr zu ver-  
 lieren, das vor 3 1/2 Jahren gegebene Versprechen einzulösen.  
 Lange hatte die Entscheidung geschwankt, ob die Schanzmacher  
 abstiegen und Fürst Hohenlohe an der Einlösung seines ge-  
 gebenen Versprechens gehindert, als leitender Staatsmann von  
 der Wildfläche herzhindern, oder das Feld behaupten werde.  
 Das Letztere ist geschehen.

Am vorhergehenden Tage war bereits im Reichstage be-  
 kannt, daß die Reichsregierung am 6. Dezember — einem  
 sogenannten Schwerinstag — dem Initiativantrag der Freisinnigen:  
 Die Aufhebung des Verbotes, das Inverbinduntreten politischer  
 inländischer Vereine betreffend, zustimmen werde. Und so geschah  
 es. Fürst Hohenlohe konnte Namens der verbündeten Regie-  
 rungen erklären, daß dieselben den Beschlüssen des Reichstages  
 beitreten würden. In 24 Stunden erledigte der Reichstag  
 alle drei Lesungen des Antrages.

Nur die beiden konservativen Fraktionen stimmten gegen  
 den Antrag. Ihre Redner, Herr v. Lebedow und v. Stumm,  
 suchten die Regierung nochmals scharf zu machen, indem sie  
 derselben Schwächlichkeit vorwarfen, und ihr mit der ihr zu-  
 fallenden Verantwortlichkeit grolllich zu machen suchten. Nicht  
 geschickt erinnerte Herr v. Lebedow den Staatssekretär des  
 Innern an dessen im Tone der Drohung am 20. November  
 ausgesprochene Meinung der Regierung, die lautete: „Zunächst  
 wollen wir stärkere Schutzwehren gegen den Mißbrauch der  
 Koalitionsfreiheit schaffen, und erst wenn wir diese Garantien  
 erhalten haben, können wir in Erwägung ziehen, ob wir auf

dem Gebiete des Vereinsrechtes und des Koalitionsrechtes einen weiteren gesetzlichen Ausbau vornehmen können.“ Der Hieb sah, das fühlte auch Herr v. Posadowsky, was ihn jedoch nicht abhielt, nach einer lahmen Rechtfertigung seiner Neußerungen vom 20. November zu erklären: „Die verbündeten Regierungen haben sich schlüssig gemacht, das Vereinsverbot aufzuheben, weil sie sich überzeugt haben, daß es innerlich überlebt war und tatsächlich nicht aufrecht erhalten werden konnte. In der Zeit des heutigen Verkehrs kann man ein solches Verbindungsverbot nicht mehr aufrecht erhalten, und es ist auch tatsächlich nicht aufrecht erhalten. Eine Regierung thut klug, und auch Parteien, das nicht länger zu konserviren, was politisch und moralisch nicht länger zu konserviren ist.“

Wenn Herr v. Köller, der am 25. November 1895 noch die große Aktion gegen die Organisation der Berliner Sozialdemokraten und die sozialdemokratische Parteileitung einleitete, auf Grund des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes, die Rede des Herrn v. Posadowsky vom 6. Dezember nachlesen wird, wird er sich sagen müssen: Wie raschlebig ist doch unsere Zeit! Ende 1895 dient dieselbe Gesetzesbestimmung als Handhabe, die stärkste Partei Deutschlands zu erschrecken, die vier Jahre später als innerlich überlebt und politisch und moralisch nicht haltbar bezeichnet wird. Herr v. Köller wird sich mit dem neu gewordenen Zustand der Dinge abfinden müssen, was ihm bei dem Leitmotiv „wenn nicht, denn nicht“, „es geht auch so“, hoffentlich nicht schwer fallen wird.

So fällt eine Fessel nach der anderen. Die bürgerlichen Parteien müssen, wenn auch innerlich widerstrebend, der Macht der wirtschaftlichen Entwicklung gehorchend, die Hindernisse beseitigen helfen, die der unbehinderten Bethätigung der Organisation der Arbeiterklasse im Wege stehen. Kämpfen wir weiter, um auch die letzten Schranken niederzureißen, die noch vor der Koalitionsfreiheit aufgethürmt sind.

Wie die Rechtslage gestaltet werden muß, um die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse auf dem wirtschaftlichen Kampfboden mit dem Unternehmertum herzustellen, hat die sozialdemokratische Fraktion mit ihren Anträgen zu der Gewerbeordnungsnovelle gezeigt. Die wirtschaftliche Gleichberechtigung, oder was dasselbe ist, die organisierte Arbeiterkraft als gleichberechtigten Faktor bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erkennt das Unternehmertum nicht an. Daraus machen die Herren auch kein Hehl. Der Zentralverband der deutschen Industriellen erklärte kurz und bündig:

„Diese Gleichberechtigung in dem von jenen Sozialpolitikern gebrauchten Sinne weisen wir entschieden zurück. In der Politik und vor dem Gesetze hat der Arbeiter in unserem Vaterlande die volle Gleichberechtigung; in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ist er von ihr durch unsere bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unbedingt ausgeschlossen.“

Brutaler und rücksichtslos kann die Lehre vom Herrenrecht nicht propagiert werden. Herren und Diener, Befehlende und Gehorchende — das ist das Ideal der Scharmacher, bei dessen Vertheidigung sie in der heuchlerischen Maske als Wohltäter der Menschheit aufzutreten belibien.

Das Unternehmertum bedarf zur Wahrnehmung seiner Interessen nicht der Koalitionsfreiheit. Jener Schriftsteller hatte vollkommen Recht, der behauptete, jeder Unternehmer für sich verkörpere ein Stück Koalition in sich. Und diese wirtschaftlich Starke, diese Gewaltmenschen schreien über die „Diktatur des Proletariats“, wenn die Arbeiter den gesetzlichen Schutz anrufen, aus den Banden der unbedingten Ausbeutungsfreiheit des Kapitalismus befreit zu werden. Das heißt die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf stellen.

Die sozialdemokratischen Anträge waren von der Fraktion vorbereitet, um, wenn die Kommissionsberatung der Zuchthausvorlage beschlossen worden wäre, als Anträge zu der letzteren eingebracht zu werden. Die einfache Verscharrung der Vorlage entthob die Fraktion der Einbringung vorläufig, die dann bei der Weiterberatung der Gewerbeordnung aufgenommen wurde.

Die bürgerlichen Parteien lehnten eine Erörterung der ihnen sichtlich unbequemen Anträge mit der durchsichtigen Ausrede ab, das Zustandekommen der Novelle zur Gewerbeordnung nicht in Frage zu stellen. Am unbequemsten war selbst den bürgerlichen Freunden des Koalitionsrechtes die Forderung der Ausdehnung der Koalitionsfreiheit auf „Personen, welche gegen Vergütung die Leistung von Diensten und die Herstellung von Werken übernehmen, sowohl Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer“. Mit dieser Bestimmung sollte den Beamten, Staatsarbeitern und Landarbeitern das Koalitionsrecht gesichert werden.

Mit feiner Fronie konnte der Redner der Sozialdemokraten, der Abgeordnete Heine, darauf verweisen, daß schon der preussische Minister Ikenplig im Jahre 1866 den Landarbeitern das Koalitionsrecht zugesprochen wollte, das man denselben heute so hartnäckig verweigert. Dem Einwurf, ob man auch die Zugehörigen des Reichsheeres in die Koalition einbeziehen wolle, begegnete Heine damit, daß allerdings den gegen Vergütung Dienenden das Recht der Koalition zugestanden werden müsse. Die Beispiele von Unternehmerterrorismus, die Heine zog, und die von ihm vorgebrachte Gegenüberstellung von aus Anlaß der Lohnkämpfe ergangenen richterlichen Urtheilen waren so einwandfrei und überzeugend für die Berechtigung der sozialdemokratischen Anträge, daß auch nicht ein Versuch des Widerpruchs oder der Anzweiflung gemacht wurde.

Nur der unfreiwillige Spahmacher der Konservativen, Graf Rindowström, schlug die schönsten Kabriolen. Auf der einen Seite wurde die väterliche Fürsorge der ostelbischen Junker für die Landarbeiter betont, dann aber das Unglück ausgemalt, was über die ländlichen Arbeiter, die alle Jahreskontrakt hätten, hereinbrechen würde, sollten dieselben jemals kontraktbrüchig werden. Daß die Kontrakte, bezw. die Arbeitsbedingungen, auch der ländlichen Arbeiter andere werden, wenn dieselben im Besitz der Koalitionsfreiheit sind, das scheint der edle Graf nicht kapiren zu können. Der Herr ist noch jung, so daß er es noch erleben wird, daß das ländliche Proletariat im Genuß gleicher Rechte mit dem gewerblichen Arbeiter sich befindet.

Außer den Sozialdemokraten stimmte Niemand für die Anträge, die bei jeder passenden Gelegenheit wieder auf der Tagesordnung erscheinen werden.

Am den beiden Schwerinstagen, dem 29. November und dem 6. Dezember, stand der sozialdemokratische Antrag in Verbindung mit einem gleich der Freisinnigen auf Einführung eines „deutschen Verggesetzes“ zur Tagesordnung. Der Antrag wurde vom Reichstage einstimmig angenommen. Den Genossen Sachsse und Horn lag die Begründung des Antrages ob. Sachsse hatte eine 23stündige Rede gehalten, die ein reichhaltiges agitatorisches Material bot. Dieser Umstand muß wohl den Vizepräsidenten v. Frege gewirmt haben, indem er feststellte, Sachsse habe 24 Stunden gebraucht, den Antrag zu begründen, worauf von den Sozialdemokraten prompt repliziert wurde: „Das geht Sie garnichts an!“

Von großer Bedeutung und Tragweite ist ein weiterer, von sozialdemokratischer Seite eingebrachter Gesetzesentwurf, der die Organisation der Arbeit, ihre wirtschaftliche Vertretung, das Gebiet der Gewerbeaufsicht und sozialen Rechtsprechung umfaßt. Es handelt sich um Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, aufgebaut auf den Arbeitsämtern, die aus Arbeitskammern hervorgehen. Die in dem Gesetzesentwurf gestellten Forderungen werden unstreitig in der nächsten Zeit sowohl die Arbeiterklasse wie alle ernsthaften Sozialpolitiker hervorragend beschäftigen. Die Sozialdemokratie hat mit dem Gesetzesentwurf alle die ihr in so reichlichem Maße gemachten Vorkürse entkräftet, sie könne nur negiren, kritisiren und einreissen, aber nicht aufbauen, nichts Positives leisten.

Die vier letzten Tage vor den Weihnachtstagen waren der Generaldebatte des Etats gewidmet, d. h. bebingter Weise. Den breitesten Raum nahm die Diskussion über die nach Neujahr zu erwartende Flottenvorlage ein. Die Staatssekretäre v. Thielemann, Reichsfinanzamt, Graf Bülow, Auswärtiges Amt, und Tirpitz vom Marineamt, spielten die Oubertüre. Da die angekündigte Flottenvorlage die Debatte beherrschte, werden die Klagen, Wünsche und Forderungen, die von den Rednern sonst in der Generaldebatte des Etats zum Vortrag gelangen, bei der zweiten Lesung des Etats nachgeholt werden.

Von den Rednern war es eigentlich nur Bebel, der neben der Besprechung der Flottenvorlage auch den Etat behandelte. Insbesondere veranschaulichte Bebel die in stetiger Steigerung sich bewegenden Lasten für das Reichsheer und die Marine, die damit konform laufende Steigerung der deutschen Schuldenlast und das kulturwidrige Bestreben der Agrarier, durch Erhöhung der Getreidezölle die wirtschaftlich Schwachen noch mehr als bisher auszupowern. Bebel's Rede war eine Glanzleistung, sie bildete den Höhepunkt der Debatte.

Am dritten Tage hielt der Abgeordnete Lieber Abrechnung mit dem vom Kommunisten bis zum preussischen Finanzminister sich durchgemauerten Dr. Miquel. Wenn auch nach dem seit Monaten andauernden Preßgeplänkel man die Aufführung größerer Geschäfte hätte erwarten können, so trafen die kleinkalibrigen Geschosse doch so sicher ihr Ziel, daß Herr v. Miquel selbst die elegische Klage ausstieß, „in der kurzen Zeit, in der er noch mitzuwirken habe“, so handeln zu wollen als bisher. Lange wird es nicht mehr sein. Das zweite Opfer der Etatdebatten wird Herr Tirpitz sein. In einem parlamentarisch regierten Lande wäre der Mann keine Stunde länger Staatssekretär. Wir wollen mit dem Mann nicht rechten. Der Herr ist sich bei der Uebernahme des Marineamtes nicht bewußt geworden, daß solbatischer Gehorsam und verantwortliche ministerielle Thätigkeit sehr leicht in Konflikt gerathen können, den zu lösen durch ein Kommandowort nicht gelingt. Wir können es dem Herrn nachfühlen, was er empfunden haben mag, als Herr Richter die Hamburger Kaiserrede und die Thaten der zweijährigen Thätigkeit Tirpitz' als Sekretär des Marineamtes gegenüberstellte. Es muß ihm allenthalben gejuckt haben.

Noch ein hoch bedeutsames Moment zeitigten die viertägigen Debatten. Herr v. Posadowsky gab den Scharmachern eine Abgabe, wie sie in solcher Schärfe und klarer Bestimmtheit von dem Bundesrathsrath noch nicht gehört wurde.

Den Anzweiflungen des Grafen Limburg und v. Kardorff gegenüber, die einen starken Mann verlangten, eine Regierung, „die der Sozialdemokratie an die Gurgel springe“, beionte Graf Posadowsky, es solle Niemand, der sich seiner Verantwortlichkeit bewußt ist, solche „Phantastiegebilde“ ausmalen. Das könne sich bitter rächen. Solche „Wahndorfstellungen“ von der Macht der Regierung können verhängnißvoll werden. Eine konstitutionelle Regierung müsse mit der Mehrheit des Parlaments regieren, für die Gesetzesvor schläge sich eine Majorität zu bilden suchen.

Jedenfalls hat der Herr Graf bei dieser Gelegenheit an die Hilfe der Sozialdemokratie gedacht, deren er bei der Schaffung der neuen Handelsverträge bedarf, sollen die agrarischen Wäume nicht in den Himmel wachsen.

Der erste Abschnitt der gegenwärtigen Tagung begann unter dem Zeichen der Zuchthausvorlage. Er endete mit der Aufhebung des Verbotes des Inverbindungtretens politischer Vereine und der ministeriellen Anerkennung, daß auch die Sozialdemokratie in einem Rechtsstaat nur nach den bestehenden Gesetzen behandelt werden dürfe. Die Sozialdemokratie hat eben Schweineglück!

**Zur Arbeitslosenunterstützung.**

Die Zahlstelle Wiesbaden beschäftigte sich in zwei Versammlungen mit der Arbeitslosenunterstützung. Die Sozialverwaltung war der Ansicht, zu diesem Punkt keinen Referenten zu bestellen, da es viel richtiger wäre, wenn sich die Kollegen unter sich aussprechen würden. Es war in beiden Versammlungen die Debatte sehr lebhaft. Die größere Zahl der Redner war der Ansicht, daß die Einführung Arbeitslosenunterstützung nicht ohne bedeutende Beitragserhöhung durchzuführen wäre und viele in den schlechteren Gegenden Deutschlands arbeitenden Kollegen deshalb abfallen würden und gerade da auch keine neuen zu gewinnen wären; dann wurde noch erwähnt, daß die meisten Derjenigen, welche (wenn die Arbeitslosenunterstützung durchgeführt würde) aus diesem Grunde in den Verband eintreten, bei einer Lohnbewegung keinen festen Rückhalt bieten würden. Es wurden von den Befürwortern zwei Resolutionen eingereicht, welche die eine für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung war, und die zweite, daß es dem Verbandstag überlassen bleiben sollte; beide Resolutionen wurden abgelehnt. Von den Gegnern der Arbeitslosenunterstützung wurde eine Resolution eingereicht, welche sich strikte gegen die Einführung aussprach; die letztere wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Die Zahlstelle Geringswalde erklärte sich einstimmig gegen die obligatorische Einführung der Arbeitslosenunterstützung und verlangte im Uebrigen U r a b s t i m m u n g.

Die Zahlstelle Neuwied sprach sich aus den schon oft genannten Gründen gegen Einführung aus.

Die Zahlstelle Däben hat dieselbe mit zehn gegen sechs Stimmen abgelehnt.

Die letzte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Waldheim, welche von 80 Kollegen besucht war, beschloß nach langer Debatte einstimmig, sich gegen die Einführung zu erklären.

Es ist zu bedauern, daß so viele Kollegen der Meinung sind, es würden viele Mitglieder den Verbanne den Rücken kehren wegen der Erhöhung des Beitrages von 10 %. Meine Meinung ist, daß diejenigen Mitgliedern, welche wissen warum sie im Verbanne sind, die Beitragserhöhung gewiß nicht zu viel ist, weil sie wissen, daß die Unterstüttung das beste Kampfmittel ist. Das ist eben das Traurige, wenn ein Kollege wegen dieser geringen Beitragserhöhung sich vom Verbanne ausschließen läßt. Nach meiner Meinung sollen durch die Unterstüttung Mitglieder herangezogen werden, wie das in denjenigen Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung gewähren, der Fall ist. Wenn bei einem Beitrag von 30 % die gleiche Unterstüttung gewährt wird, wie z. B. bei der Gewerkschaft der Bildhauer bei einem Beitrag von 50 %, dürfte kein Kollege gegen die Einführung sein. (Sind Sie ein Schlauberger! D. Red.)  
K r u m b a c h.      W i l h. R e b m a n n.

Die Zahlstelle Weida hat gegen fakultative Einführung nichts einzuwenden. Eine Urabstimmung sei aber erforderlich.

Die Zahlstelle Dschak entschied sich gegen eine Stimm für die Arbeitslosenunterstützung.

Die Zahlstelle Gildesheim stimmte nach einem Vortrage des Kollegen B e d e r - H a m m o v e r für die Einführung. Ebenso die Zahlstelle Mainz.

In C o t t b u s stimmten in einer Mitgliederversammlung 4/5 der Anwesenden für die Einführung.

Eine in Göttingen am 9. Dezember tagende Mitgliederversammlung erklärte sich nach dem Referat des Kollegen Bedemeyer für Einführung der Arbeitslosenunterstützung und erwartet, daß der nächste Verbandstag in Nürnberg dieselbe zur Einführung bringen wird. Gegner melbeten sich überhaupt nicht zum Worte.

Kollege Köhler in Wiberach schreibt dem Sinne nach: Wer durch eine starke Organisation seine Lage verbessern will, darf vor einem Mehrbeitrag von 10 % nicht zurückschrecken, auch nicht, wenn 15 oder 20 % notwendig sein sollten. Wenn gleich die Kollegen mit ihrem knappen Verdienst rechnen müssen, so sei bei einigermachen gutem Willen doch schon etwas zu leisten. Die Vorurtheile der kleinen Zahlstellen, daß sie durch den Mehrbeitrag benachteiligt werden, seien hinsichtlich. Es kämen doch auch jüngere Kollegen nach Großstädten und hätten dann die Vortheile. Im Uebrigen könne es doch auch verheiratheten Kollegen in kleinen Städten passiren, daß sie arbeitslos würden, namentlich wenn sie mit ihren Arbeitgebern ein freimüthiges Wort sprächen. In Betracht käme weiter, daß die großen Zahlstellen in der Regel die Vorkämpfe für die Verkürzung der Arbeitszeit führten, und so indirekt günstig auf die kleinen Zahlstellen zurückwirkten. Der Eigennuß der Kollegen in kleinen Zahlstellen sei zu verurtheilen. Sie sollten sich freuen, wenn sie Jahr aus, Jahr ein Arbeit hätten, und nicht unter der Arbeitslosigkeit, wie die Kollegen in Großstädten, zu leiden hätten. Um so freudiger sollten sie zur Überwindung der üblen Folgen der Arbeitslosigkeit beitragen helfen.

Im Weiteren schließt sich Kollege K. den Ausführungen Gauhoff's bezüglich der Klassenweisen Unterstützungs- und Beitragssumme an, so auch in Bezug auf die Zahlung eines Zuschusses zum Kranfengeld. Sollte eine Mehrheit auf dem Verbandstage für die Arbeitslosenunterstützung nicht vorhanden sein, sollte man sich auf die Zuschussfrage einigen. Jede Unterstützung kräftige und fördere die Organisation.

Die Zahlstelle Stuttgart beschäftigte sich in dreien ihrer letzten Mitgliederversammlungen mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung. Das Referat hierzu hatte Kollege Kloss übernommen, welcher ausführte: Fragen von so weitgehender Bedeutung, wie die vorliegende, können nicht künstlich gemacht werden, sondern müssen aus der Masse heraus wachsen. Dieses sei geschehen, wenn man die vielen Stimmen aus unserem Fachorgan betrachtet. Bezüglich der Beitragsberhöhung um 10 %, die zur Einführung wohl ausreichen würden, bittet er, dieselbe nicht mit einer Steuererhöhung zu vergleichen, da in diesem Fall ein Fonds gesammelt werden kann, der den Kollegen immer wieder zu Gute kommt. Dann werde der Verband den Charakter einer Kampforganisation, wie die Gegner behaupten, nicht verlieren, sondern das Gegenteil wird eintreten. Zudem besteht ja schon eine Reihe von Unterstützungsorganen, wie Kreis-, Gemäßigten-, Umzugs- und Sterbeunterstützung, wobei die Organisation stets stärker und achtunggebietender geworden ist. Da hätten wir auch alle Ursache, neue Kampfsmittel zu sammeln, um dem Kapital energisch die Stirn bieten zu können, denn die Erfahrung der letzten vier Jahre habe gezeigt, daß bei erhöhten Beiträgen die Mitgliederzahl auch gestiegen ist. Gegen die Beitragsberhöhung, bemerkte Kollege Kloss, treten hauptsächlich die Mitglieder der kleinen Zahlstellen auf und begründen dies mit ihrem kleinen Verdienst, welcher aber infolge von billigeren Wohnungen und Lebensmitteln, dem der Arbeiter in der Stadt wieder gleichkommt. Bezüglich der Verbandsstatistik von 1898 und 1897, welche hauptsächlich zu den Berechnungen herangezogen werden, bemerkt er, daß erstere in einer Geschäftskrise, letztere jedoch bei stetem Geschäftsgang erhoben wurde, wobei die Durchschnittszahl für eine Arbeitslosenunterstützung maßgebend sei. Wie bereits bemerkt, sei er der Überzeugung, daß mit 10 % Beitragsberhöhung wohl auszukommen sei, sonst würde er die Frage überhaupt nicht aufstellen, und er glaubt, daß bei einer Woche Karenzzeit 48 Tage lang je M. 1 Unterstützung gezahlt werden könne. Betreffs des Arbeitsnachweises, der von großer Bedeutung sei, glaubt Kloss, daß derselbe mit der Arbeitslosenunterstützung verbunden werden solle, und ist der Ansicht, je nach Ortsverhältnissen mit einem paritätischen Arbeitsnachweis in Verbindung zu treten. Was nun die Einführung der Unterstützung betrifft, so bedauere er, daß dieselbe nicht auf dem letzten Verbandstage angenommen worden ist, da der flotte Geschäftsgang sehr dazu geeignet gewesen wäre, einen Fonds anzusammeln. Später werde wieder eine Krise eintreten und die Existenz der Unterstützung gefährden. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine Diskussion, welche sich auch über die beiden folgenden Versammlungen ausdehnte. Es wurde dann auch von den Gegnern der Frage namentlich darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit eine soziale Krankheit sei und hätten da Staat und Gesetzgebung in erster Linie die Pflicht, hier helfend einzugreifen. Als ein weiterer Uebelstand wird die geringe Unterstützung betrachtet, die hauptsächlich für größere Städte als unzureichend bezeichnet wird. Allgemein wurde anerkannt, daß die Arbeitslosenunterstützung einen stabileren Mitgliederstand mit sich bringen würde, jedoch ist von verschiedener Seite darauf hingewiesen worden, daß man unbedingt mit dem Austritt von vielen Mitgliedern der kleineren Zahlstellen zu rechnen habe. Auf jeden Fall aber sei die Frage praktisch unüberwindlich, weil der Holzarbeiterverband nicht mit den Gewerkschaften der Buchdrucker, Buchbinder u. verglichen werden könne, da bei uns ganz andere Verhältnisse vorliegen. Die Abstimmung ergab, daß sich 108 Kollegen für und 44 Kollegen gegen die Arbeitslosenunterstützung erklärten.

**Rundschau.**

**Das Versprechen des Reichskanzlers, betr. die Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine,** ist nun doch noch vor dem 1. Januar 1900 eingelöst worden. Gegeben wurde dasselbe bekanntlich schon im Jahre 1896 bei Beratung des Bürgerliche Gesetzbuches, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragte, die Aufhebung des Verbindungsverbots in das Bürgerliche Gesetzbuch aufzunehmen. Die Regierung hat sich, als die Einlösung des Versprechens in immer weitere Ferne gerückt erschien und zuletzt ganz unwahrscheinlich wurde, seitdem im Reichstage, und zwar auch von Vertretern bürgerlicher Parteien, manche bittere Wahrheit in Bezug auf ihre Glaubwürdigkeit sagen lassen müssen. Auch die Art und Weise, wie versucht wurde, die Einlösung des Versprechens von der Annahme eines durch und durch reaktionären Vereinsgesetzes im preussischen Landtage abhängig zu machen, hat nicht dazu beigetragen, der Regierung in den Kreisen der bürgerlichen Mittel- und der links stehenden Parteien Sympathien zu erwerben. Man war daher gar nicht überrascht, als bei der in voriger Woche stattgefundenen Beratung eines diesbezüglichen Antrages des Nationalliberalen Bismarckmann der Reichskanzler in Person die Erklärung abgab, daß der Bundesrath dem Antrage seine Zustimmung geben würde. So überraschend es ja nun eigentlich ist, daß ein der Volkvertretung verantwortliches Ehrenwort auch eingelöst werden muß, so sehr sind die als die treuesten Stützen von Thron und Altar geltenden Wälder (Arbeitszeitung, „Post“, Berliner Neueste Nachrichten) und ähnliche Zeitungsgewaltigen) vor dem Reichstage als die Deutschen, daß die Einlösung des Versprechens erfolgte. Diese „hochwürdigen“ Organe erblickten in der Einlösung dieses Versprechens ein Zeichen unverantwortlicher Schwäche der Regierung.

Der kaiserlichen Kammer konnte es freilich gleichgültig sein, ob die Einlösung des Versprechens erfolgte oder nicht; sie haben von der letzten Bestimmung des § 8 des Vereinsgesetzes wenig geachtet, und darum hatten sie auch nicht dagegen, daß der Reichstag es durchsetzen würde und in den Augen aller wirklich denkenden Menschen an keiner Regierung eingeholt hätte.

Interessant hat der „Reichs-Anzeiger“ die Aufhebung des Verbindungsverbots für Vereine jeder Art bereits verurteilt; es ist also auch diese Forderung gefallen, d. h. für die politischen Vereine. Die Reichs- oder die Gewerkschaften? Diese mit nur einem für politische Vereine erklärten, und dann in die gleiche Forderung allgemein, daß Frauen und

Minderjährige an gewerkschaftlichen Bestrebungen sich nicht beteiligen, d. h. in den politisch erklärten Gewerkschaftsvereinen nicht Mitglieder sein dürfen.

Die Mäcker werden schon einen Weg finden, um den Gewerkschaften das Leben sauer zu machen aus Liebe zu dem profitierenden Unternehmertum.

**Nachträge zur Zuchttausbildung.** In verschiedenen Landtagen wurden nach den Beispielen, die in den gothaischen und bayerischen Landtagen gegeben wurden, die Regierungen gefragt, wie sie dazu gekommen sind, im Bundesrathe der Zuchttausbildung zuzustimmen? Solche Anfragen sind in den Landtagen von Weimar, Würtemberg und Baden gestellt worden. Dabei ergab sich, daß die Herren Regierenden dazu kein Material, keinen begründeten Anlaß hatten, sondern einzig und allein aus Kollegialität mit den preussischen Ministern für den Wechselbalg stimmten. Das ist nun aber sehr schlimm und bedenklich! Wenn man aus bloßer Kollegialität bereit ist, der finsternen Reaktion zuzustimmen, so scheinen uns da die Einzelstaaten eine sehr unbefriedigende Vertretung im Bundesrathe und eine sehr seltsame Auffassung von ihrer Aufgabe zu haben. Gegen solche „kollegiale“ Politik ist der schärfste Protest am Platze.

**Vom sächsischen Ministerium korrigierter Innungs-terrorismus!** Die Zwangsinnung der Barbier- und Friseur des Amtsbezirks Meißen, und mit ihr noch sieben andere Zwangsinnungen hatten in ihr Statut die Bestimmung aufgenommen, daß solche Gehilfen, die bei einem Meister des Innungsbezirks aus der Arbeit gehen, von einem anderen Meister unter zwölf Monaten nicht in Beschäftigung genommen werden dürfen. Die Kreishauptmannschaft hatte gegen die rigorose Bestimmung nichts eingewendet; das Ministerium hat aber jetzt angeordnet, daß sie aus dem Statut entfernt werden muß. Darüber allgemeines Beschlagen, weil die Herren gerade diese Bestimmung ausgesprochenemassen für die wichtigste (!) des ganzen Statuts hielten. Aus diesem Grunde beschloß eine Innungsversammlung, die sich unter Vorsitz eines Beamten mit der Sache zu befassen hatte, einen Antrag, die Zwangsinnung wieder aufzulösen. Dreiviertel der Anwesenden stimmten dem Antrage zu.

Als die Innung nicht mehr dem Zwecke: die Gehilfen zu knebeln, dienen konnte, ließ man sie lieber auflösen. Daraus geht hervor, daß die Zopfmeister derselben keinen Werth zur Hebung des Handwerks, sondern nur einen solchen zur Verbormundung und Unterdrückung ihrer Gehilfen beilegen.

**Internationale Streikstatistik.** Nach dem Jastrow'schen „Arbeitsmarkt“ waren im Monat Oktober Streiks zu verzeichnen in Deutschland 47, Oesterreich-Ungarn 17, Schweiz 4, Belgien 13 mit 2110, Frankreich 72 mit 16415 und England 38 mit 5276 Beteiligte.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

In der abgelaufenen Woche sind die Abrechnungsformulare für das vierte Quartal nebst dem Fragebogen zur Feststellung der Berufsangehörigkeit der am Jahreschluß vorhandenen Mitglieder, und ein weiterer Fragebogen, betreffend die Einkassierung der Beiträge in den Zahlstellen, sowie auch die Erfagblätter für die am Schluß des Jahres vollgeklebten Mitgliedsbücher versandt worden. Sollte diese Sendung irgendwo nicht eingetroffen oder das übersandte Material nicht ausreichend sein, so bitten wir um sofortige Reklamation.

In der in voriger Nummer veröffentlichten Abrechnung vom 2. Quartal sind wiederum einige Druckfehler stehen geblieben, die wir wie folgt zu berichtigen bitten:

In der Tabelle muß es in der Rubrik „30 % Antheil der Lokalkassen“ bei Bünde anstatt 250 heißen 252; bei Friedberg 23,64 anstatt 23,40. In der Rubrik „Gesamteinnahme“ bei Görlitz 1440,85 anstatt 1450,85. In der Rubrik „Saldo für das nächste Quartal“ bei Hagen 4,62 anstatt 4,72. In der Rubrik „Am Orte behalten“ bei Leisnig 94,63 anstatt 94,23. In der Rubrik „Etrabeiträge zur Streikunterstützung“ bei Reutlingen 2,90 anstatt 2,20.

In der Bilanz muß es am Schluß heißen:

Gesamteinnahme .....	M. 159 705,17
Gesamtausgabe .....	209 357,25 anstatt 209 347,25
Nehrausgabe .....	M. 49 652,08 anstatt 46 952,08

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Quartalsabrechnung erinnern wir auch diesmal an folgende Vorschriften, deren Befolgung die Zahlstellenbeamten sich ganz besonders angelegen sein lassen sollten:

1. Das Quartal schließt mit dem 31. Dezember, ohne Rücksicht auf etwaige Ketanten. Nachträgliche Beitragszahlungen sind im ersten Quartal 1900 zu verrechnen.
2. Die Bücher sind sofort am Ende des Quartals abzuschießen, ebenso auch dann die Abrechnung umgehend aufzustellen und von den Revisoren geprüft werden.
3. Jede Abrechnung muß von dem Bevollmächtigten, Kassierer und den Revisoren unterzeichnet werden.
4. Die Unterschrift der Abrechnung besagt, daß Bevollmächtigte und Revisoren die aufgestellte Abrechnung nach bestem Wissen als richtig anerkennen. Deshalb darf die Unterschrift nicht leichtfertig gegeben werden, sondern die dazu bestimmten, mit dem Vertrauen der Mitglieder beehrten Kollegen haben die Aufstellung in allen Einzelheiten genau zu prüfen, mit den Abrechnungen des vorigen Quartals zu vergleichen und

ganz besonders die Zuschriften der Hauptverwaltung zu den vorhergehenden Abrechnungen zu beachten. Wenn die Revision in den Zahlstellen in dieser Weise etwas genauer genommen würde, so würden viele Fehler gleich am Orte aufgedeckt und verbessert und der Hauptverwaltung die Arbeit ganz bedeutend erleichtert werden.

5. Jedes Mitglied der Lokalverwaltung muß darauf sehen, daß die Abrechnung bis spätestens 15. Januar an die Hauptkasse eingeleitet wird. Nach dem 15. Januar erhalten die restirenden Zahlstellen keinerlei Material und nach dem 25. Januar auch keine Zeitung mehr zugesandt.

6. Der für die Hauptkasse bestimmten Abrechnung müssen Belege für alle Ausgaben beigelegt werden. Ausgaben ohne Belege werden vom Vorstand in keinem Falle anerkannt.

7. Die der Abrechnung beigelegten Reiselegitimationen müssen stets mit dem Zahlstellenstempel und dem Datum der Auszahlung der Reiseunterstützung versehen sein.

8. Bei abgereisten Mitgliedern ist in der Abrechnung unter „Bemerkungen“ auch das Datum der Abreise zu vermerken.

9. Die zum Absenden fertiggestellte Abrechnung ist nicht gebankenlos in den Briefkasten zu werfen, sondern der Absender muß daran denken, daß Briefsendungen über 15 Gramm Gewicht zwangig Pfennig Porto kosten. (Diese Zwanzigpfennigbriefe dürfen dann bis 250 Gramm — ein halbes Pfund — schwer sein.) Man möge dies beachten und dem Verband unnötige Ausgaben für Extraporto ersparen.

10. Die Abrechnungen sind nicht an den Revisor, sondern an den Vorstand des Verbandes zu adressieren. Stuttgart, Reinsburgstraße 57.

11. Die Verbandsgelder des Quartals sind möglichst noch im Monat Dezember an die Hauptkasse (Adresse: August Wöhne, Stuttgart, Reinsburgstraße 57) einzusenden und können nur in diesem Falle noch in der Abrechnung als eingeleitet verrechnet werden. Alle Geldsendungen, welche nach dem 1. Januar hier eintreffen, werden für das erste Quartal 1900 gebucht und können deshalb auch von der Zahlstelle im ersten Quartal als an die Hauptkasse eingeleitet verrechnet werden.

12. Die Revisoren haben die Pflicht, nicht nur auf pünktliche Einlieferung der Abrechnung zu sehen, sondern ebenso auch dafür zu sorgen, daß die überschüssigen Verbandsgelder stets sofort an die Hauptkasse eingeleitet werden. Etwaige Unregelmäßigkeiten fallen sonst den Revisoren mit zur Last.

13. Stellen sich bei der Revision Unrichtigkeiten heraus, namentlich in Bezug auf den Kassenbestand, welcher laut Abrechnung vorhanden sein sollte, so ist in jedem Falle dem Verbandsvorstand davon sofort Mittheilung zu machen.

Nachfolgende verlorene Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 158 583 Wilhelm Schmidke, Tischler, geb. 15. 2. 72 zu Dabiau.
- 199 011 Johann Kaufmann, Schreiner, geb. 5. 11. 69 zu Kellheim.
- 204 845 Conrad Hoffmann, Schreiner, geb. 11. 4. 77 zu Markbübel.
- 212 100 Jakob Koz, Tischler, geb. 10. 8. 52 zu Rehhof.

Stuttgart, 16. Dezember 1899.

Der Vorstandsvorstand.

**Bekanntmachungen der Gauvorstände.**

**15. Gau. Vorort Hamburg.**

Die zweite Konferenz für unseren Gau findet am Sonntag, den 21. Januar 1900, in Hamburg, im Lokale J. P. v. Salzen Wwe., Caffamacherreihe 6/7, statt und wird um 11½ Uhr Vormittags eröffnet.

Die Tagesordnung ist vorläufig wie folgt festgesetzt: 1. Bericht über die Thätigkeit im Gau. 2. Kassenbericht. 3. Agitation im Gau. 4. Die Arbeitslosenunterstützung und Stellungnahme zum kommenden Verbandstage. 5. Anträge aus den Zahlstellen.

Wir eruchen die Kollegen in den Zahlstellen, hierzu Stellung zu nehmen. Den Verwaltungen sind im Laufe der Woche Fragebogen, sowie weitere Mittheilungen bezüglich der Konferenz zugegangen.

Jede Zahlstelle ist verpflichtet, einen Delegirten zu entsenden.

Der Gauvorstand. J. A. D. Große.

**18. Gau. Vorort Bielefeld.**

Gemäß dem Beschlusse des vorjährigen Gausages beruft der unterzeichnete Gauvorstand den nächsten Gantag auf Sonntag, den 14. Januar 1900, Vormittags 10 Uhr, nach Bielefeld, Lokal: des Herrn Israel, „Zentralthalle“, ein.

Tagesordnung: 1. Bericht des Gauvorstandes über seine Thätigkeit und Kassenbericht. 2. Bericht der Delegirten über die Lage der Kollegen in den einzelnen Orten. 3. Organisation und Agitation. 4. Die Arbeitslosenunterstützung. 5. Anträge, welche bei dem vorhergehenden Gantage nicht zur Erledigung gekommen sind.

Wahlreglement: Bis zu 50 Mitgliedern ist in jeder Zahlstelle ein Delegirter zu wählen, von da ab für jede angefangenen 50 Mitglieder ein Delegirter mehr. Wir eruchen die Zahlstellenverwaltungen, für zahlreiche Besichtigung des Gausages sorgen zu wollen. Zur Empfangnahme der Delegirten werden Kollegen am Bahnhof sein. Keutlich sind dieselben an weißrothen Schleifen.

Mit kollegialstem Gruß  
Der Gauvorstand.  
J. A. G. Stomke, Vorsitzender.

23. Gau. Vorort Stuttgart.

Wie aus Nummer 49 des Verbandsorganes und aus dem Zirkular vom 10. Dezember ersichtlich, findet unser zweiter Gau-tag am 7. Januar 1900 im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart statt. Derselbe wird pünktlich um 10 Uhr eröffnet. Provisorische Tagesordnung ist: 1. Rassen- und Gaubericht. 2. Die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter Württembergs und die Situationsberichte der Delegierten. 3. Die Arbeitslosenunterstützung. 4. Anträge und Verschiedenes. Wir bitten die Zahlstellen, den Situationsfragebogen sofort zu beantworten. An die Delegierten stellen wir das Ersuchen, sich rechtzeitig im Gewerkschaftshaus einzufinden.

Der Gauvorstand. F. A. G. Nauß.

Achtung! Gaukonferenz in Geringswalde!

Die Delegierten, welche zu der am 6. Januar nächsten Jahres hier stattfindenden Konferenz gewählt sind, werden gebeten, ihre Absichten dem Unterzeichneten mitzuteilen, damit für Nachtlöge gesorgt werde.

Daniel Bud, Geringswalde, Hauptstr. 104.

Korrespondenzen.

Berlin. (Korbmacher.) Die Korbmacher, die auf Grund ihrer bisher ungenügenden Organisation die gebrühtesten aller im Holzarbeiterverband organisierten Arbeiter sind, einerseits, weil ihre bisher bestehenden Organisationen nicht die Garantie boten, bei event. Lohnkämpfen dieselben auch über Wasser zu halten, andererseits aber durch ihre gebrückte Lage fast bis zur Stumpf sinnigkeit herabgesunken waren, haben sich nun doch durch die unablässige Arbeit eines Teiles ihrer Kollegen so weit ausgerafft, daß jetzt fast alle, wenigstens diejenigen der Grünbranche, welche bisher die Schlechtestgestellten waren, organisiert sind. Es ist schon in früheren Jahren verschiedentlich zu Gunsten besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Grünbranche von einzelnen Kollegen ein Vorstoß unternommen worden, bei dem auf Grund ungenügender Organisation und ähnlicher Verhältnisse wenig errungen wurde, oder die gemachten Errungenschaften früher oder später wieder verloren gingen. Dies muß für fernerhin vermieden werden, und sind die Kollegen der Grünbranche für Berlin und Umgegend gewillt, zu Anfang nächsten Jahres, wo dann diese Branche die beste Konjunktur hat, für einen neu ausgearbeiteten Tarif, der es ihnen ermöglicht, wenigstens die minimalsten Forderungen der übrigen Holzbranchen zu erreichen, einzutreten. Wir richten daher an alle auswärtigen Kollegen die Bitte, Berlin und Umgegend vor der Hand möglichst zu meiden, und uns, falls es zu ernstem Kampfe kommen sollte, dadurch zu unterstützen, daß nicht wie früher durch Ueberstunden bei denen, die für Berlin liefern, diejenige Arbeit zum größten Teil ersetzt wird, die die hiesigen Kollegen hervorbringen. Es ist seitens der Meister auch bereits eine Annäherung versucht worden, die von uns zwar gern angenommen wurde, aber zu keinem Resultat führte, da die Herren sich gegenseitig selbst nicht trauten, und es auch für unmöglich erklärten, noch mehr Arbeitslohn zahlen zu können, wenn nicht, wie Herr Fechner aus Vohagen bei Berlin sagte, der Holzarbeiterverband seinen Fonds hergäbe, um die Herren so lange zu unterstützen, bis ihre Abnehmer ihnen höhere Preise bewilligten. Trotzdem versuchen die Herren - natürlich auf Betreiben des Herrn Fechner - die Kollegen hinter dem Rücken der Kommission zu laßen, um sie dann zu überreden, von einer eventuell zu stellenden Forderung abzusehen. - Wenn es ihnen auch nicht gelungen ist, einen Einigen zur Verhandlung heran zu bekommen, so zeigt sich doch, daß die Herren ihr gutes Interesse daran haben, es bei den alten Bedingungen zu belassen. Jedoch werden ihnen ihre jetzt organisierten Arbeiter zeigen, daß sie nicht gewillt sind, diese jetzigen Zustände für fernerhin bestehen zu lassen. Wir ersuchen die Kollegen, vor allem diejenigen von Trebbin, Ludau, Schönebeck und Oberkirchen, die Situation in Berlin und Umgegend zu beachten, und dementsprechend zu handeln.

Berlin. Nach einem Vortrage des Kollegen Einsche: „Sind es möglich, die Lohnarbeit in unserem Berufe einzuführen?“ sprachen sich die meisten Kollegen dahin aus, daß die Beseitigung der Akkordarbeit und Einführung der Lohnarbeit eine zwingende Notwendigkeit sei, um durch letztere der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ein Ziel zu setzen. Eine Resolution in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen.

Biebrich. Die Firma Gail W. e. resp. deren Werkmeister hatte mehreren Tischlern gekündigt, angeblich, weil die von ihnen angefertigten Thüren zu teuer würden. Andere Tischler wurden eingestellt, die aber auch nicht mehr und nicht Besseres leisten konnten. Auch dem Kollegen Sprieterbach (Vollmächtigter der Zahlstelle) wurde aus dem gleichen Grunde gekündigt, obgleich sich der Werkführer noch kurz vorher lobend über seine Arbeit ausgesprochen hatte, und trotzdem seine geleistete Arbeit nicht theurer wurde als die der übrigen Kollegen. Unter Hinzuziehung zweier Mitglieder der Wiesbadener Lohnkommission wurden Delegierte der Werkstatte bei der Firma vorstellig, und es gelang, die Angelegenheit zur beiderseitigen Zufriedenheit beizulegen. Die Zurücknahme der Kündigung erfolgte. Herr Gail hielt den Arbeitern vor, daß Thüren, für welche er M. 2,40 bis M. 2,60 bezahle, in Schweden für 50 % hergestellt würden. (Daß die schwedischen Thüren billiger gemacht werden, wissen wir, nur hat Herr Gail vergessen, zu sagen, daß in Schweden auch viel vorzüglichere Spezialmaschinen in Holzbearbeitungsfabriken verwendet werden als in Biebrich, und daß der Preis nicht 50 %, sondern M. 1 beträgt, und die Arbeiter trotzdem mehr verdienen als die in Biebrich. Warum stellt Herr G. nicht chinesische Kulis ein, diese machen ihm die Thüren für 20 %; oder warum siedelt er nicht nach Schweden über, dieelchit wird dort sein Beizn früher reif. D. Red.) Der famose Werkführer, als er sah, daß sein Wille nicht durchging, ließ den Kollegen Sp. zu sich kommen und erklärte ihm, daß er, Sp., es fertig gebracht habe, die Lohnkommission Wiesbadens hierher zu zitiern, was die Zurücknahme der Kündigung zur Folge gehabt habe, aber es bleibe dabei: Wenn die nächsten Thüren wieder so teuer würden, habe er seine Kündigung trotzdem zu gewärtigen. Mit dem „Zufuhrwerden“ rüchau es doch einen anderen Haken zu haben. Suchte doch die Firma in diesem Frühjahr tüchtige Tischler in Kassel, denen sie außer einem Stundenlohn von 45-50 % auch die Zahlung der Umzugskosten versprach! Daß die Kasse der tüchtigen Arbeiter nicht mehr leisten können, als die hier seit einigen Jahren eingearbeiteten Tischler, liegt auf der Hand; und es ist deshalb

auch widersinnig, daß die Thüren, von einem anerkannt tüchtigen Arbeiter angefertigt, bei einem Stundenlohn von 40 % zu theurer kommen sollen! Es liegt also die berechnigte Vermuthung nahe, daß es der Firma nicht um die „theuren“ Thüren, sondern um die Beseitigung von Arbeitern zu thun ist, die Mitglieder des Verbandes sind. Sollte die Firma die Drohung ihres Werkführers wahr machen wollen und noch Weiteren kündigen, dann bedeutet dieser Schritt einen Kampf gegen unsere Organisation, dem wir nicht passiv gegenüberstehen werden. Mögen die Tischler Biebrichs sich also dem Verbands anschließen und wir werden die Angriffe der Firma Gail und ihres Werkführers abzuwehren wissen.

Erduannsdorf. Seit sieben Monaten konnte unsere Zahlstelle wieder mal eine Versammlung abhalten, da es uns gelungen ist, einen Wirth zu finden, der den Wuth besaß, uns sein Lokal zur Verfügung zu stellen. Zwar nehmen die Wirths gerne unsere Groschen, aber wollen wir unsere wirtschaftliche Lage einmal in ihren Räumen besprechen, dann gibt es ein „Wenn“ und ein „Aber“, Mühsal auf den Amtsvorsteher und dergleichen mehr. Hier am Orte ist es gerabzu als ein Wunder zu bezeichnen, daß sich ein Wirth findet, der sein Lokal den Arbeitern zur Verfügung stellt. Diese erste Versammlung war zahlreich besucht, was uns so freudiger zu begrüßen war, als die Mitglieder alle zerstreut in den umliegenden Dörfern wohnen. Fast alle Verbandsmitglieder in unserem Orte arbeiten bei der Firma G. Böhm & Th. Haroske. Die Arbeitszeit bei dieser beträgt 10 Stunden. Beschäftigt sind circa 40 Tischler, 11 Drechsler, 12 Tapezierer, 4 Korbmacher, 3 Bildhauer, 2 Maler, circa 60 Hilfsarbeiter und 36 Arbeiterinnen, welche in allen möglichen Branchen angeleert werden. Die Tischler und Korbmacher gehören bis auf vier Indifferente dem Verbands an. Von den Drechslern und Tapezieren ist die Hälfte organisiert, während von den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen nur Einzelne zur Organisation heranzuziehen waren. Vertretigt werden in der Fabrik: Comptoirmöbel, Patentstreichische, Geschäftseinrichtungen, Dekorationsartikel, Wästen überzogene, und Holzgestelle, Bambusmöbel, Kleiderbügel und Anderes mehr. Die Löhne sind, wie überall in Schlesien, sehr niedrig. Höchster Lohn der Tischler M. 16, niedrigster M. 10. Bei Korbmachern und Drechslern höchster Lohn M. 14. Vorherrschend ist hier das Akkordsystem. Einzelnen Arbeitern ist es möglich, bei äußerster Kraftanstrengung ein paar Mark mehr herauszuschinden, der Mehrzahl gelingt es aber nicht, auf den vereinbarten Lohn zu kommen. Wird einmal an einem Stück etwas verdient, so sorgen die Herren schon dafür, daß gleich ein Abzug gemacht wird, oder daß die Stücke komplizierter hergestellt werden müssen, damit die Arbeiter ja nicht zu fett werden. Ein fester Akkordtarif ist hier ein unbekanntes Ding. Bei den Korbmachern und Tapezieren ist jetzt die Fabrikleitung bemüht, die Hausarbeit einzuführen; und da es sich um Spezialartikel handelt, sollen ungelernete Arbeiter angeleert werden. Ob dieses System zur Lohnrückerei benutzt werden soll, bleibt vorläufig noch abzuwarten. (Daß nichts Anderes damit geplant wird, ist wohl außer allem Zweifel. D. Red.) Auch besitzt die Firma zwei Familienhäuser, welche seit einem Jahre bewohnbar sind. Eine Wohnung, bestehend aus Stube, Vordammern und Keller, kostet jährlich M. 57; desgleichen bestehend aus Stube, Kofen, Vordammern und Keller kostete bisher M. 80 jährlich, da aber letztere Sorte Wohnungen ziemlich bewohnt sind, so ist jetzt den Arbeitern angekündigt, daß dieselben vom 1. Januar ab jährlich M. 6 mehr kosten. Die Kündigung war auf dem Nevers, welchen jeder Miether unterschreiben muß, zuerst auf 14 Tage berechnet, wurde aber auf allseitigen Widerspruch auf vier Wochen abgeändert. Ebenso ist auf dem Nevers vermerkt, daß sich der Arbeiter verpflichtet, sobald er die Arbeit einstellt, auch die Wohnung zu räumen, es sich auch gefallen läßt, wenn die rückständige Wohnungsmieth oder sonstige Fabrikforderungen vom Lohne abgezogen werden. (D. Red.) Im zweiten Familienhause befindet sich eine Spielschule, auch ist für den Sommer ein umzäunter Spielplatz angelegt. Das findet unseren Beifall; aber die Firma hätte auch einen Schritt weiter gehen sollen und Holz- und Kohlenstuppen bauen lassen sollen, auch wäre eine Bedürfnisanstalt für Männer im Hofraum als dringend notwendig, um so nöthiger, als die Hälfte der Wohnungen nach dem Hofraum liegt. Auch lassen die Kofeinrichtungen sehr viel zu wünschen übrig. So ließen sich noch viele Mängel dieser „Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtung“ anföhren, aber trotzdem kommen die Herren nach einem Jahre schon mit 7 1/2 pzt. Mietherhöhung. Was würde wohl den Arbeitern genüwert, wenn dieselben mit ebenso viel Lohnerhöhung an die Firma herantreten? Da nun obige Firma in verschiedenen Zeitungen Tischler sucht, fühlen wir uns veranlaßt, den Kollegen Deutschlands dies Gebirge fehen, sich schleunigst auf die Reise machen. Den hiesigen Kollegen möchten wir zurufen, fest und treu zum Verbands zu halten, alle persönlichen Nebenereien zu unterlassen und bemüht zu sein, auch die Hilfsarbeiter heranzuziehen. Daß nur durch Einigkeit etwas erzielt werden kann, beweist folgender Vorfall: Vor kurzem wurde von der Firma ein Portier angestellt und sollten die Arbeiter nur Mittags die Fabrik verlassen dürfen. Da nun viele Arbeiter in der Nähe der Fabrik wohnen und in Logis sind und zu Hause beipern wollten, erhob sich, bis auf wenige Posadamst-Schülkinge, ein einmüthiger Widerspruch, und die Fabrikleitung zog die Anordnung wieder zurück. Kollegen, Arbeiter, die Ihr der Organisation noch feruht, schließt Euch unseren Reichen an, denn nur durch eine starke Organisation läßt sich unsere genöth nicht rosige Lage verbessern. Zum Schluß möchten wir noch alle Kollegen, auch die in der Umgegend, darauf hinweisen, daß sie bei Ausgängen und Vergnügungen unseren Wirth nicht vergessen, welcher uns sein Lokal zur Beiprechung unserer wirtschaftlichen Lage bereitwilligst zur Verfügung gestellt hat.

Guben. Das indifferente Verhalten der hiesigen Mitglieder der Zahlstelle gegenüber muß bei dem fernem Beobachter den Anschein erwecken, als ob in Guben die Arbeits- und Lohnverhältnisse die allergünstigsten auf der Welt wären. Und doch ist das Gegentheil der Fall. Schon fangen die Arbeitgeber an, die Arbeitszeit zu verlängern, und - die Kollegen lassen es sich ruhig gefallen. Andererseits werden kleine Forderungen und Forderungen vorgeschützt, um den Nichtbesuch der Versammlungen zu rechtfertigen. Daß aufgeklärte, alte Kollegen solche faulen Ausflüchte gebrauchen, ist mindestens unverständlich. In der Regel kommen diese tragen Versammlungsbesucher mit ihren Beiträgen im Rückstand und müssen dann gestrichen werden, und Viele haben damit dann „unerschuldet“ ihren Zweck erreicht! Kollegen! Wir stehen am Schluß eines Jahres. Unsere Ver-

sammlungen können in Zukunft, und zwar infolge der Aufhebung des Verbindungsverbots, interessanter gestaltet werden. Sorgen wir dafür, daß die Erfolge im neuen Jahre bessere werden, als sie es im alten Jahre gewesen sind.

Helmstedt. In einer mäßig besuchten Versammlung referirte hier Genosse Heimann, Redakteur aus Braunschweig, über das Thema: „Wie wirkt eine Verkürzung der Arbeitszeit auf die Arbeiter und ihre Lebenshaltung?“ Der Referent führte der Versammlung vor Augen, wie eine übermäßig lange Arbeitszeit die körperlichen und geistigen Fähigkeiten des Arbeiters dezimirt und einen störenden Einfluß auf das Familienleben ausübt. Sodann bewies der Redner an der Hand statistischer Erhebungen, wie die Unfälle zunehmen bei Akkordarbeit und Ueberarbeit. Er empfahl die Einführung der Lohnarbeit, da dieselbe der Akkordhuckerei aus bekannten Gründen entschieden vorzuziehen ist. In der darauf folgenden Diskussion wurde von einem Kollegen die Möglichkeit der Lohnarbeit in unseren hiesigen Fabriken bestritten, weil hier Teilarbeit besteht und dadurch ein Spionagesystem großgezogen würde. Die Ausführungen wurden von den Anwesenden jedoch nicht akzeptirt. Einstimmig erklärte sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und die Nichtorganisierten verpflichteten sich, dem Verbands beizutreten, um zur gegebenen Zeit gemeinsam mit ihren Kollegen für eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. An die Kollegen von Helmstedt richteten wir die Bitte, unsere Versammlungen zahlreicher als bisher zu besuchen. Der Wunsch, unsere Versammlungen zu Vortragsabenden zu gestalten, kann nur dann von Nutzen sein, wenn die Kollegen Interesse daran zeigen. Die nächste Versammlung findet am Mittwoch, den 10. Januar, statt. Von da ab alle 14 Tage im „Lindenhof“.

Koburg. Am 2. d. M. fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Trautbetter aus Simenau das Referat über das Thema: „Wie verbessern wir unsere Lage?“ übernommen hatte. Referent führte eingangs aus, daß es beschämend sei, über dieses Thema in diesem Zeitalter noch reden zu müssen. Redner giebt ein treffliches Bild von Solidarität während des vorjährigen Erfurter Streiks, wo die Fabrikanten böhmische Arbeiter durch allerlei Vorspiegelungen nach dort lockten, aber an dem Solidaritätsgefühl der Böhmen abprallten, wodurch der Streik gewonnen wurde. Redner giebt ferner eine Anzahl Gutachten von Gewerbe- und Fabrikinspektoren bekannt, die unparteiisch ihre Ansichten über die Arbeiterorganisationen zum Ausdruck brachten und aus denen hervorgeht, daß die Organisationen veredelnd auf die Arbeiter wirken. Die Vortheile des Verbandes werden ebenfalls einer klaren Erläuterung unterzogen. Betreffs der Arbeitslosenunterstützung ist Redner für Einführung der fakultativen, nicht obligatorischen Unterstützung, womit derselbe jedoch nicht im Sinne der Mehrzahl der Verbandsmitglieder sprach, da in einer früheren Mitgliederversammlung mit Mehrheit der Beschluß für obligatorische Arbeitslosenunterstützung gefaßt wurde. In der hierauf folgenden Diskussion schildert Kollege Armann die traurigen Verhältnisse in zwei der größten Fabriken. Die schlechten Zustände sind lediglich eine Folge des Indifferentismus der betreffenden Arbeiter. Wie tief hier die Interesslosigkeit der Holzarbeiter eingewurzelt ist, beweist der Umstand, daß, obgleich zu dieser Versammlung die Kollegen durch Inserat und Handzettel eingeladen waren, trotzdem nur einige Indifferente es für nöthig hielten, die Versammlung zu besuchen; sie ziehen lieber vor, ihre sauer verdienten Groschen in Altimbvereine zu tragen, in denen sie über ihre traurige Lage durch allerlei Hofspottus hinwegtäuscht werden und so immer mehr und mehr zum willenlosen Werkzeug des Kapitalismus herabsinken. Für Korbmacher sei noch darauf hingewiesen, daß mit dem 1. Dezember d. J. der „Arbeitsnachweis des Vereins selbstständiger Korbmacher“ in Kraft trat, und wollen wir nicht verämbeln, die reisenden Kollegen darauf aufmerksam zu machen, diese Einrichtung nicht zu benutzen. Wie verfehlt der Zweck dieser grobartigen Einrichtung ist, geht daraus hervor, daß mit dem 1. Januar 1900 der städtische Arbeitsnachweis in Kraft tritt. Daß der Verein „Selbstständiger Korbmacher“ eine komische Erscheinung ist, beweist die Aussage eines Vereinsmitgliedes in der obigen Versammlung, das auf die Frage, was der Verein eigentlich bezwecke, antwortete: „Das wissen wir selbst noch nicht. Der hiesigen Holzarbeiter ist nur zuzurufen: „Schließt Euch der Organisation an, um derartigen gewerblichen zweifelhaften Vereinigungen gegenüber eine kompakte Masse zu bilden.“

Langensl. Unsere Lokalverhältnisse beschäftigten uns schon wiederholt, so auch in der letzten Versammlung, die in der Werkstatte des Kollegen Venschel stattfand und zu welcher der Vorsitzende unseres Gaues, Kollege Lindner-Görlig, erschienen war. Der Punkt wurde eingehend erörtert. Die Hauptschuld, daß wir seit Jahresfrist kein passendes Lokal für unsere Versammlungen bekommen können, tragen lediglich die hiesigen Arbeiter selbst. Es wäre kinderleicht, jedes Lokal zu bekommen, wenn die hiesigen Arbeiter es nur ernstlich wollten. Am 2. Dezember sollte von den Drechslern, welche hier am Orte beschäftigt sind, ein sogenanntes Drechsler-Vergnügen stattfinden, welches aber von der Behörde untersagt wurde mit dem Bemerkten, daß es nur Vereinen gestattet sei, an Wochentagen derartige Vergnügen abzuhalten. Dies ist auch für die Drechsler ein klarer Beweis, daß es unbedingt nöthig ist, sich zusammen zu schließen, um nicht mit der Zeit noch ganz rechtlos zu werden. Von circa 40 Drechslern, welche hier am Orte beschäftigt sind, gehören nur etliche der Organisation an. Hoffentlich kommen diejenigen, welche uns heute noch fern stehen, auch noch zu der Einsicht, daß wir vereinzelt Nichts, vereint aber Alles sind.

Eingekandt.

In Nr. 50 der „Holzarbeiter-Zeitung“ befindet sich ein Artikel, bezeichnet: „Ein unhaltbarer Zustand“. In demselben werden uns die Zahlen der ein- und ausgetretenen Mitglieder vor Augen geführt. Es müßte nun eines jeden Kollegen Pflicht sein, darüber nachzudenken, um die Mitglieder, welche dem Verbands beigetreten sind, auch zu erhalten, darin wird leider noch wenig gethan. Da die große Mehrzahl der Ausgetretenen wegen nichterbrachter Beiträge gestrichen wird, so müssen wir unser Augenmerk zuerst darauf richten.

Meine Meinung geht nun dahin, daß vor allen Dingen die Zeitung jedem Kollegen in's Haus gebracht wird und dabei auch gleich die Beiträge erhoben werden. Dadurch würde erstens jeder Kollege die Zeitung ordentlich lesen, zweitens würden die Beiträge pünktlicher eingehen, als es bis jetzt noch meist der Fall ist, wo nur in den Versammlungen kassirt wird, drittens

würde kaum die Hälfte derer, wie jetzt, wegen restirender Beiträge gefürcht zu werden brauchen, und viertens würde es für die Agitation von großem Nutzen sein, da sich die Kollegen dadurch besser kennen lernen würden, vorausgesetzt, daß die angeführten Vorschläge von tüchtigen Kollegen ausgeführt würden.

In dieser Sache wäre es Pflicht der Gauborsteher, daß sie ihre Pflichten mit den Erfahrungen, die sie in dieser Sache gemacht haben, unterstützen, wie es seinerzeit der Gauborsteher von Hamburg in der „Holzarbeiter-Zeitung“ gemacht hat. Das würde für den Verband von großem Vortheil sein.

W i l h e l m s h a b e n.

Pfeiffer.

### Aus den Berufen der Holzbranche.

Der Zugang von Arbeitskräften nach Orten, in denen Streiks mit günstigem Erfolge beendet wurden, macht recht häufig die Ertragsverhältnisse in absehbarer Zeit wieder illusorisch. Die logische Folge ist die, daß solche Orte nicht überlaufen werden dürfen. Wir wissen alle, daß während eines Streiks immer eine Anzahl meist jüngerer Kollegen abreisen, um so eine Depression auf die Unternehmer auszuüben, d. h. einen fühlbaren Arbeitermangel herbeizuführen. Dieser Arbeitermangel, in Verbindung mit der drängenden Arbeit, ist es, welcher die Arbeitgeber nachgiebiger macht, und sie schließlich zur Bewilligung der gestellten Forderungen treibt. Meistens ist das geschlossene Bündnis nicht für alle Ewigkeit geschlossen, sondern hält in der Regel nur so lange an, als es möglich, dem Unternehmer überflüssige Arbeitskräfte von der Thür zu halten. Sobald er aber durch das „Anschauen“ der Arbeitssuchenden gewahrt wird, daß arbeitswillige Kräfte in genügender Anzahl vorhanden sind, bekommen die friedlichen Vereinbarungen ein Loch. Der Unternehmer wird obstinat und hochmüthig, und bis zur Umgehung der Vereinbarung oder bis zum „Meher den Haufen werfen“ der mündlichen oder schriftlichen Abmachungen ist es nur ein Schritt. Der Hinweis des Unternehmers, daß Arbeitskräfte in Hülle und Fülle vorhanden sind, und die ungünstige Jahreszeit erschweren die Position der in Arbeit stehenden Kollegen ganz enorm, und es bedarf in solchen Fällen der äußersten Energie der Betroffenen, wenn sie die von der Organisation festgesetzten Arbeits- und Lohnbedingungen aufrecht erhalten wollen. Dies sind aber Ausnahmen. In den meisten Fällen ist das gar nicht möglich, und so kommt es, daß nach und nach immer eine Ertragslosigkeit nach der anderen zum Teufel geht, und das Ende vom Liede ist: Nach kurzer Zeit können wir konstatieren, daß alle Mühe und alle Opfer zwecks Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen umsonst gewesen sind und wir wieder auf demselben Standpunkt stehen, wie vor dem so scheinbar verlaufenen Lohnkampfe. Ist das nicht betrübend? Wer möchte das bestritten! Dieser Mißstand läßt sich aber sehr gut beseitigen dadurch, daß solche Orte von reisenden Kollegen nicht überlaufen werden und, was ganz besonders von Wichtigkeit ist, das verbotene „Anschauen“ unterlassen wird.

Wir haben es zwar nicht in der Hand, die unmorganisierten Kollegen davon abzuhalten, aber einem kleinen Einfluß dürften sie auf den Herberger doch immer noch zugänglich sein. Selbst aber wenn das nicht immer der Fall sein sollte, dann müssen wenigstens die Verbandsmitglieder sich strikte daran halten, daß, wenn auf den Arbeitsnachweisen keine Arbeit zu den von der Organisation festgesetzten Bedingungen zu haben ist, sie nicht anschauen gehen, sondern abreisen. Selbstverständlich kann dies nur auf die ledigen Kollegen Bezug haben. Wird dieser Rath allgemein befolgt, werden die verheirateten Kollegen viel weniger Gefahr laufen, arbeitslos zu werden. Veranlassung zu dorthin gehenden Unfällen gibt uns ein Klageruf aus Stuttgart, woselbst der Zugang ein geradezu horrendes ist und die Bedürfnisfrage nach Arbeitskräften weit übersteigt. Nicht mit Unrecht schreibt uns ein dortiger Freund: „Es gewinnt den Anschein, als ob die Kollegen glauben, jetzt, nach dem Streik, würden ihnen die gebrauchten Leuben geradezu in den Mund hinein.“ Wir sind überzeugt, daß die meisten in Stuttgart arbeitssuchenden Kollegen nicht nur bitter enttäuscht sind, sondern ihre Hoffnungslosigkeit obendrein zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse beiträgt. Also weide man die in Frage kommenden Orte vorläufig möglichst, und unnötige, mit Opfern verbundene Kämpfe werden der Organisation erspart bleiben.

Am Streik der Tischler in Adeln sind noch sieben Kollegen beteiligt. Viele sind nun zu der Ueberzeugung gelangt, da vor dem Frühjahr nichts mehr zu erreichen ist, den Streik beizulegen. Die Ausständigen haben sich um Arbeit bemüht, doch ist solche vor Frühjahr nicht zu erlangen gewesen. Die Unternehmer bestehen darauf, sie nicht eher beschäftigen zu wollen.

Die Kollegen bitten dringend, den Zugang noch streng fern zu halten.

Bei der Firma Schmeer & Sohn in Oranienburg haben 18 Korbmacher gegen einen Lohnabzug von 3 1/2 pro Hund die Arbeit eingestellt. Organisiert sind alle. Die Firma sucht in hiesiger Gegend Arbeiter, welche die Korbmacherei erlernen wollen. Dieser Streik geht nicht. Die Korbmacher stehen zusammen und hoffen auch der günstigen Konjunktur wegen, daß der Lohnabzug zurückgenommen wird. Der Zugang ist also fern zu halten.

Ueber die Tischlerwerkstatt des Herrn Th. Poppen in Wilhelmshaven ist die Sperr verhängt worden. Derselbe weigert sich, den Kirmeslohn von 37 1/2 pro Stunde zu zahlen, der seit 1897 anstands und durch einen gerichtlichen Entscheidungen ist.

Die Berliner Drechsler haben am 10. Dezember eine Section zu gründen beabsichtigt. Die Gründung wurde in Form eines Beschlusses, unterzeichnet von 12 Mitgliedern, beschlossen und beschlossen. Weiter wurde beschlossen, daß die Section einen Delegierten zu wählen habe, welcher die Angelegenheiten der Section zu vertreten hat. Die Section wird ihren Sitz in der Wilhelmstraße 20, 3. Etage, im Erdgeschoss haben wollen.

Der Streik bei F. C. Ficht in Nürnberg, Fürther Straße, ist nun beendet. Der Streik hat in mehreren Tagen, Sonntag, Montag und Dienstag, im vorletzten, was es auf den Ausständigen bezuglich ist, im Freitag, Sonntag und Montag, die Arbeit aufgenommen. Das

Kraut des Herrn Ficht werden sie ja allerdings nicht fett machen. Die übrigen Kollegen haben auf's Neue einmüthig beschloffen, frei zusammen zu halten. Von den besseren Arbeitskräften haben Einzelne bereits anderweitig Arbeit erhalten und so wird das Eintreten, was Herrn Ficht vorausgesetzt wurde: daß sich seine eingeschuldeten Arbeiter verlaufen werden, auf die er in notwendiger Zeit doch wieder angewiesen sein wird. Sie werden sich aber dann verschiedener Neukräftungen des Herrn Ficht erinnern. Ein Fall verdient näher erwähnt zu werden. Als ein älterer Arbeiter seine Invalidenrente nebst Werkzeug holte, da er in einem anderen Geschäft Arbeit erhalten hatte, sah sich Herr Ficht veranlaßt, ihn von seinem Vorhaben abzuhalten und ihn zu ersuchen, in seinem Geschäft wieder weiter zu arbeiten; allein unser Kollege erklärte ihm rund heraus, er würde sich schämen, in seinen alten Tagen noch seinen übrigen Arbeitsgenossen in den Rücken zu fallen und dadurch den Vorwurf eines Streikbrechers auf sich zu laden; er könne dies mit seiner Ehre nicht vereinbaren. Ein Bravo solch gesinnungstüchtigem Arbeiter, der sich nicht scheut, dies in Gegenwart derjenigen, die am Montag die Arbeit aufgenommen hatten, seinem ehemaligen Arbeitgeber zu sagen.

Nun sucht Herr Ficht Arbeiter in der hiesigen und der Fürther Tagespresse. Kann er nicht seine eigenen Leute wieder einstellen? Ferner ist die Arbeitszeit beschränkt, trotzdem Herr Ficht erklärt, es nicht thun zu können, aus Rücksicht auf seine weiblichen Arbeitskräfte, weil sonst deren Lohn zu gering sei. Aus welchem Grunde nun auf einmal so viel Rücksicht auf die Arbeiterinnen genommen wird, entzieht sich unserer Betrachtung, allein im Allgemeinen war deren Behandlung von jeher nicht gar so rosig. Herr Ficht möge sie doch besser bezahlen, dann ist für sie der Ausfall reichlich gedeckt.

Wenn Herr Ficht glaubt, unsere Kollegen würden nicht genügend unterstützt, so täuscht er sich gewaltig, und wer dies-mal Recht behält, wird die Zukunft lehren. Seine Neukräftung veranlaßt die Streikenden erst recht, auszuharren. Glaubt denn Herr Ficht, es sei nicht bekannt, unter welchen Verhältnissen er sein Geschäft begonnen hat? Und waren es nicht seine älteren Arbeiter, die mithalfen zu dem, was es jetzt ist? Herr Ficht hatte einen Theil seiner Arbeiter vor Weihnachten auf's Pfaster geworfen mit der Motivierung, wenn das Geschäft besser geht, könnten sie wieder kommen. Sie sollten sich ihm also unterthänig wieder präsentieren, damit er sich dann diejenigen aussuchen könne, die ihm genehm sind. Die Uebrigen, die es wagten, einmal etwas aufzumachen, sollten dann sehen, wohin sie kämen.

An alle Kollegen, hauptsächlich Bildhauer, ferner Drechsler, Schreiner und Ausschneider, richten wir das Ersuchen, uns in diesem Kampfe beizustehen. Es handelt sich darum, die Ertragsverhältnisse vom heutigen Jahre aufrecht zu erhalten. Ist der erste Versuch des Herrn Ficht, Maßregelungen vorzunehmen, gelungen, so dürfen wir sicher sein, daß noch mehrere nachfolgen werden, denn die Erfolge, die der Deutsche Holzarbeiterverband und der Zentralverband der Bildhauer Deutschlands heuer errungen haben, liegen dem Herrn schwer im Magen.

Die Kommission.

Der Streik in der Pinselabrik S. Rosenfeld jun. in Nürnberg dauert unverändert fort, obwohl nur noch ein einziger Kollege sich im Auslande befindet. Wenn die Fortbauer des Streiks für notwendig erachtet wird, so bewegen hierzu die Section der Wärlen- und Pinselindustrie Nürnbergs latente Gründe. Herrn Rosenfeld mangelt es an gelehrten Arbeitern und Arbeiterinnen, das beweisen seine ständigen Annoncen. So lange sich die Firma nicht bemüht, sich mit der Organisation in Unterhandlung zu treten, wird ihr dieselbe auch keine Arbeitskräfte zuführen. Zugang ist deshalb nach wie vor streng fern zu halten.

Der Ausstand der Alabaster-Drechsler und Schleifer in Berlin dauert unverändert fort. Arbeitswillige haben sich, außer Denjenigen, die von vornherein in den Werkstätten stehen geblieben sind und den Heberz, Austritt aus dem Holzarbeiter-Verbande, unterrichten haben, nur wenige gefunden. Berlin scheint eben zur Anwerbung von Hausarbeitern nicht der günstigste Boden zu sein. Da die Arbeit jedoch drängt, so haben sich die Unternehmer nach auswärtig gewandt und suchen dort noch immer Helfer in der Noth. Ihr Augenmerk hat sich besonders auf die Großstädte und auf Thüringen gerichtet, hoffentlich haben die Herren aber auch dort kein Glück. Das Streikpostensystem wird den ausständigen Alabaster-Arbeitern ganz besonders erschwert. Währenddem die Unternehmer selbst ihre Posten aufstellen, denunzieren sie die der Arbeiter der Polizei und lassen ihnen die Passage der betreffenden Straße verbieten. Man fängt die Streikposten sogar schon ab, wenn sie ihr Quartier verlassen und verweist auch hollständig Unbeschäftigten das Terrain. Der letzte Entscheid des Kammergerichts scheint hier schon seine Wirkung auszuüben. Die Arbeiter sind deshalb zu doppelter Vorsicht verpflichtet.

In den letzten Tagen hat das Gewerbegericht als Einigungsamt den Versuch gemacht, Verhandlungen anzubahnen, dieselben sind jedoch bisher noch nicht zu Stande gekommen, da die Unternehmer offenbar der Meinung sind, daß die Arbeiter sich bedingungslos zu unterwerfen haben. Die Ausständigen sind nun aber keineswegs gewillt, ihre Organisation preiszugeben, sie verlangen vielmehr die Anerkennung derselben seitens der Arbeitgeber. Das Ende des Konfliktes ist daher noch nicht voraus zu sehen. Sicher wird jedoch im neuen Jahre ein Wandel zu Gunsten der Ausgesperrten eintreten, den die Herren Fabrikanten zwar nicht gewollt haben, der ihnen aber desto unangenehmer sein wird. Zugang wolle man nicht wie vor vermeiden, damit den Arbeitern der Sieg für ihre gerechte Sache werde.

Der Streik der Wiener Stadtdrechsler wurde nach dreiwöchiger Dauer erfolgreich beendet. Die Arbeit wird unter folgenden Bedingungen aufgenommen: 1. Die Arbeitszeit währt von 7 Uhr Früh bis 12 Uhr Mittags, bei einer viertelstündigen Frühstückspause; Nachmittags von halb 2 Uhr bis 6 Uhr Abends ohne Pause. 2. Ueberstunden werden doppelt entlohnt. 3. Zur Beilegung von Differenzen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ist ein hiesiger Einigungsamt zu wählen, das zur Hälfte aus Unternehmern und zur Hälfte aus Arbeitern besteht. Die neunstündige Arbeitszeit wurde also „offiziell“ nicht bemittelt, sie kehrt aber trotzdem in den meisten Betrieben. Mehr als 200 Stadtdrechsler arbeiten schon seit Wochen nicht länger als neun, theilweise sogar nur achtstündig Stunden. Und auch von jenen Unternehmern, die bis zum Schluss in ihrem Widerstande gegen die Streikenden verharrten, haben die

Meisten „freiwillig“ ihren Arbeitern eine viertelstündige Nachmittagspause zugesagt, so daß auch hier die effektive Arbeitszeit bloss neun Stunden beträgt. Es besteht kein Zweifel, daß die neunstündige Arbeitszeit succedire in allen Betrieben gleichsam von selbst plaggreifen wird.

### Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

An die Arbeiter Deutschlands! Der Kampf der Lederarbeiter in Wilsler wurde am 15. November nach 25wöchiger Dauer beigelegt. In den letzten Wochen hatte sich eine große Anzahl Arbeitswilliger gefunden und so war eine Weiterführung des Kampfes ausgeschlossen. Selbstmüthig kämpften die Lederarbeiter Wilslers für ihre Organisation, gegen die Debiturierung ihrer Existenzbedingungen, gegen die Absicht einer Verlängerung der Arbeitszeit. Während dieses langen Kampfes waren von 601 Theilnehmern nur zehn Abtrünnige zu verzeichnen; also nur der Understand der Massen war für die Niederlage ausschlaggebend. Daß die Lederarbeiter sich so tapfer gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungsgelüste gewehrt, ist ein Verbrechen, welches jetzt von dem obgesetzten Fabrikantenthum hart bestraft werden soll. So bemühen sich die Fabrikanten, auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen, während noch über 200 Familienbätern brotlos liegen, wohl über 100 derselben haben ihre Familien hier gelassen und bevölkern die Landstraße, nach Arbeit suchend. Arbeiter, Genossen! So werden die im Kampfe unterlegenen Arbeiter und deren Familien das Fest des „Friedens“ mit gemischten Gefühlen begehren, und wenn wir an die deutsche Arbeiterchaft diese Zeilen richten, so sind wir der Ueberzeugung, daß dieselbe nicht will, daß die Kinder, deren Väter in der Welt umherirren, noch während dieses Friedensfestes an dem Hungertuche nagen müssen. Arbeiter, Genossen! Auch der kleinste Betrag ist uns zur Linderung der Noth willkommen, und im Bewußtsein stets treu erfüllter Pflichten bitten wir Euch, auch hier helfend einzugreifen. Alles Nähere vermittelt und ertheilt: Oscar Klemm, „Herberge Ahrens“, Wilsler in Holstein.

Der Anschluß des Niederrheinischen Weberverbandes an den Deutschen Textilarbeiterverband ist nicht zu Stande gekommen. Die Generalversammlung des ersteren nahm am 10. Dezember folgende Resolution an:

„Prinzipiell steht der Niederrheinische Weberverband auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung und hält den Anschluß an dieselbe geboten. In Erwägung jedoch, daß die örtlichen und territorialen Verhältnisse, welche die Gründung des Niederrheinischen Verbandes veranlassen, auch für die nächste Zukunft das Weiterbestehen desselben zur Nothwendigkeit machen, kann der Anschluß nur in einer Form geschehen, welche die Selbstständigkeit desselben nicht beeinträchtigt. Da jedoch eine Abführung von 25 pSt. der Einnahme, wie sie seinerzeit beschlossen wurde, ohne entsprechende Gegenleistung bei lokalen Streiks u. dergl. aus finanziellen Gründen unmöglich ist, beauftragt die heutige außerordentliche Generalversammlung den Hauptvorstand und den Ausschuss, die nöthigen Schritte einzuleiten, um den Anschluß an die deutschen Gewerkschaften, eventuell durch den Deutschen Textilarbeiterverband, in einer Form herbeizuführen, welche den im ersten und zweiten Satz dieser Resolution niedergelegten Gesichtspunkten gerecht wird.“

Die „Textilarbeiterzeitung“ bemerkt zu dieser Resolution: „Es wird somit der bisher bestandene Vertrag von Seiten des Niederrheinischen Verbandes aufgehoben; ob es möglich sein wird, auf Grund der angenommenen Resolution einen neuen Vertrag abzuschließen, erscheint fraglich, denn bei jedem etwaigen Kartellvertrag könnte doch die Selbstständigkeit des Niederrheinischen Verbandes beeinträchtigt zu werden. Etwaige Vorschläge, auf welcher Grundlage ein Vertrag abgeschlossen werden könnte, wurden von der Generalversammlung nicht gemacht.“

Warum wir also ab, ob der Vorstand Schritte einleitet und welche Vorschläge gemacht werden; jedenfalls werden wir, wenn Vorschläge kommen sollten, erst unsere Generalversammlung fragen, ob und unter welchen Bedingungen ein Vertrag mit dem Niederrheinischen Verbands abzuschließen ist.

### Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Zuständigkeit der Gewerbegerichte aus § 91 Absatz 6 der sogenannten Handwerker-Novelle zur Gewerbeordnung behandelt der bekannte Gewerbeichter M. v. Schulz in einem Artikel im „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“. Die Bestimmungen des genannten Paragraphen seien wegen ihrer großen Bedeutung für die rechtstuchende Arbeiterchaft hier wörtlich wiederholt. Es heißt an der betreffenden Gesetzesstelle bezüglich der Thätigkeit der Innungsschiedsgerichte: „Die Anberaumung des ersten Termins soll innerhalb acht Tage nach Eingang der Klage erfolgen und die Entscheidung nach Möglichkeit beschleunigt werden. Wird die achtstägige Frist nicht innegehalten, so kann der Kläger verlangen, daß statt des Innungsschiedsgerichts an den Orten, wo Gewerbegerichte bestehen, diese, und wo solche nicht bestehen, die ordentlichen Gerichte entscheiden. Dieses Verlangen ist dem darnach zuständigen Gewerbegericht oder ordentlichen Gericht und dem Innungsschiedsgericht schriftlich mitzutheilen.“ Herr v. Schulz legt nun in seinem Aufsatze dar, daß der Wortlaut der angeführten Bestimmung mit dem vom Gesetzgeber gewollten Sinne nicht übereinstimme, und daß dies für die Praxis sehr unangenehm werden könne. Unter „anberaumen“ habe man zu verstehen: einen Tag oder Termin festsetzen, an welchem die Erledigung einer Angelegenheit in Aussicht genommen werde. Somit würde das Gebot für die Innungsgerichte, daß „die Anberaumung des ersten Termins innerhalb acht Tage nach Eingang der Klage erfolgen“ solle, den Richter ermächtigen, während der gedachten Frist zu verfahren, wann die Klagesache zum ersten Mal zu verhandeln ist. Dabei hätte der Richter freie Hand, den Verhandlungstag über die ersten acht Tage hinauszuverlegen. Derartige Fälle jedoch der Gesetzgeber hier nicht bezweckt haben, da er ja wünsche, daß die Entscheidung nach Möglichkeit beschleunigt“ werde, und da ja auch sonst das Verfahren vor dem ordentlichen Gerichte und dem Gewerbegerichte ein schnelleres wäre, als vor dem Innungsschiedsgericht. Denn nach der Zivilprozessordnung habe der Vorsitzende den Termin binnen 24 Stunden zu bestimmen. Bei dieser Unklarheit des Wortlauts müsse auf die Entscheidungsgewichte des Absatz 6 des § 91 zurückgegangen werden. Herr v. Schulz geht dann ausführlich auf die fraglichen Verhandlungen im Reichstage ein und kommt zu dem Schluss, daß darnach die Absicht des Gesetzgebers zweifellos



**Berichtungs-Anzeiger.**

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Sch.)

**Braunschweig.** Sektion der Stellmacher. Sonnabend, 30. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werder 32.  
**Eisenberg.** Sonnabend, den 6. Januar: Hauptversammlung.  
**Mühlrodt.** Samstag, den 30. Dezember, Abends 9 Uhr, bei W. Paus, Saar, Kaiserstraße.  
**Schöneberg.** Donnerstag, d. 4. Januar, bei Döft, Brunnenwäldchen 110.

**Anzeigen.**

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Wittenberge.** Die reisenden Kollegen werden ersucht, nur auf unserer Verbandsherberge „Herberge z. Heimath“, Chausseestraße 6, zu verkehren und nicht in der „Zentralhalle“, da der Vorsitz derselben eine arbeiterfeindliche Stellung einnimmt und sein Lokal für Arbeiterversammlungen nicht mehr zu haben ist.

Kollegen, welche den Aufenthalt des Tischlers **Friedrich August Günther**, geb. 11. September 1859 zu Hildesheim, wissen, werden gebeten, seine Adresse an den Unterzeichneten mitzutheilen.  
**C. Schmidt**, Bevollmächtigter, Braunschweig, Kreuzstraße 104.

**Bekanntmachung.**

Der Kollege **Julius Baish**, bisher Vizepräsident im Verbandsvorstand, tritt infolge seiner Wahl zum besoldeten Beitragsammler der Zahlstelle Stuttgart aus dem Vorstand aus. Die Ersatzwahl für denselben findet in der Mitgliederversammlung am 13. Januar statt. Die Lokalverwaltung der Zahlstelle Stuttgart.  
**Ed. Steindrenner**, Bevollmächtigter.

**Sterbetafel**

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

**Gotthard Weineck**, Drechsler, 41 Jahre, gestorben an der Schwindsucht zu Naumburg a. S. E. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Kollege **Fritz Struck**, zuletzt in Berlin, sende Deine Adresse wichtiger Angelegenheiten halber an den Bevollmächtigten **Gustav Junge**, Wittenberge (Bez. Potsdam), Bahnstr. 62. Kollegen, welche den Aufenthalt desselben kennen, werden ersucht, seine Adresse einzusenden.

Kollege **G. Kirehner**, Stellmacher, sende Deine Adresse an **Otto Kluge** bei **Kless**, Wagnermeister, Remmingsen i. B.

Der Tischler **Theodor Heidenreich** aus Forst, zuletzt in Gera, wird hierdurch framblichst ersucht, in einer Vorstandschaftsangelegenheit umgehend seine Adresse an **F. Paulisch**, Tischler, Gaus 5. Forst (Sachs.) zu senden.

**Eisenberg.**

Zu dem am Mittwoch, 27. Dezember, im „Altenburger Hof“ stattfindenden

**\* Tänzchen \***

werden die Kollegen hierdurch framblichst eingeladen. Die Ortsverwaltung.

Ein tüchtiger Drechsler auf seine Waare sucht Stellung bei gutem Verdienst. Gef. Anträge sind zu richten an **F. Scholz**, Wien 14, Johannstr. 5/17.

**Gesucht**

in ein größeres Sägegeschäft der Schweiz ein in der Branche durchaus tüchtiger, erfahrener, kautionsfähiger

**Blasmeister**

gegen gute Bezahlung und feste Anstellung. Besondere Erwähnung.

Offerten unter Chiffre **Z. A. 8201** besendet die Annoncen-Expedition **Kadolf Hesse**, Zürich.

**Tischler**

sucht für gute, dauerhafte Arbeit **Emil Kirehner**, Baujahr, Sprockstein (Sachs.).

**Tüchtige Tischlergesellen**

für Hocharbeit und Zusammenbau finden sofort dauernde Beschäftigung.

**J. C. Tiltborg**, Regulator-Gehäusefabrik, Marhus (Dänemark).

Ein auf Besteckkasten eingearbeiteter tüchtiger Schreiner für sofort oder später gesucht in dauernde Stellung bei hohem Lohn. Offerten unter **A. S. 101** an die Expedition d. Bl. erbeten.

Tüchtige Kreidrapsler auf Horngriffe werden gesucht von

**C. W. Schimmelbusch & Co.**, Wald (Rheinl.).

Ein Drechslergehülfe findet bei gutem Lohn oder Akkordarbeit dauernde Stellung.

Mechanische Möbel- und Stuhlfabrik **Fr. Ramm & Co.**, Blomberg (Sippe).

Tüchtiger Holzdrechsler auf Massenartikel, welcher auch polieren kann, bei gutem Verdienst sofort gesucht.

**A. Adam & Co.**, Borken (Westf.).

Ein tüchtiger, in allen Arbeiten erfahrener Korbmachergehülfe gegen guten Lohn zum sofortigen Eintritt nach einem süddeutschen Orte gesucht. Das Reisegeld wird nach einiger Zeit vergütet. Offerten mit näheren Angaben sind unter **T. T. 102** an die Exp. d. Bl. zu befördern.

**Korbmacher.** Tüchtige Bestellarbeiter finden sofort dauernde Beschäftigung, speziell auf Lackmöbel.

**F. Mannuss**, Korbmöbelfabrik, Luzern (Schweiz).

**Jüngere Bürstenmacher**

auf gebrochte Bürstenwaren finden sofort Stellung bei

**Töpfer & Demmler**, Leipzig, Kolonnenstraße 12.

**Arbeitsnachweis der Korbarbeiter.**

2 Handschneider, 1 Zurechter und 1 Bohrmaschinenschneider sofort gesucht. **Wilh. Schnock**, Frankfurt a. M., Alte Mainzerstraße 88, 1. Et.

Berlag v. Bernh. Friedr. Voigt in Leipzig.

**Geschnitzte Möbel,**

reich und einfacher dargestellt an allen dazu geeigneten großen und kleinen Gegenständen, umfassend den Salon, das Speisezimmer, Herren-, Damen-, Toilette- und Schlafzimmer und Anderes mehr.

Zu Renaissancegebilden für Plastik, Hoch- und Flachrelief.

Reichhaltiges Musterbuch für Bildhauer und Feintischler.

30 Tafeln in Folio mit acht Detailsiten in Doppelfolio mit Vergrößerungen der Verzierungen zur Erleichterung und zu genauem Verständnis aller vorkommenden Gebilde.

Entworfen und herausgegeben von

**Max Graef**,

Kaufmann für Kunstwerke in Genua.

In Leipzig, 9 Markt.

Besitzlich in allen Buchhandlungen und in der Expedition dieses Blattes.



**Quittungsmarken**

und Kautschukstempel

liefert seit 20 Jahren für tausende Rassen u. Vereine

**Jean Holze**,

Hamburg, Gr. Drehbahn 45.

Berlag sozialistischer Bilder.

Illustrirte Preislisten gratis und franko. Fraktionsbild der soziald. Partei 1898.

**Fest- und Vereinsabzeichen**

fertigt billigst

**J. Harder**, Freudenstadt (Schwarzwaldb.).

**Fachschriften u. Lehrbücher**

für Handwerker, Gewerbe- u. Landw.

Verlag v. Bernh. Friedr. Voigt in Leipzig.

**Joh. Sassenbach**, Buchverlag, Berlin.

Neue Gewerbeordnung u. Handwerker-gesetz f. d. Reichsanzeiger f. 60 4 vom Verlag A. Bergmann, Breslau, Abalberstr. 19.

**Neue Werke!**

**Bautischlerlexikon.** 30 Doppeltafeln, leicht ausführbare praktische Entwürfe für das ganze Gebiet der Bautischlerei. M. 13.

**Der Möbeltischler.** Komplettes Werk. IV. Abtheilung. 80 Tafeln Entwürfe im Maßstab 1:10 (Buntfarbendruck), inkl. Kalkulationen und Belehrung über korrektes zu machende Kostenanschläge. M. 12.

**Elf Zimmereinrichtungen** verschied. Stilarten, komplet, in perspektivischer Anlage. Gruppirung ganzer Zimmer mit Dekoration dazu. Buntfarbendruck. Preis M. 12.

**E. Rettelbusch,**

früher Tischler, Zeichner und Werkführer.

**Zeichenbureau**

für Tischlerarbeiten (Skizzen und Werkstattzeichnungen), Details.

Nürnberg, Burgschmietstraße 19.

**Als Weihnachtsgeschenk**

für Tischler und Tischlerlehrlinge eignet sich ganz vorzüglich:

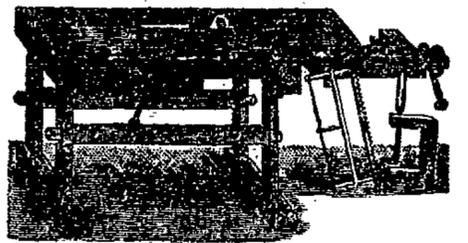
**Der praktische Tischler.**

Ein lehrreiches, fast unentbehrliches Handbuch, welches weit über die Lehrzeit hinaus wirkt. Preis M. 1,85 inkl. Franco-Zusendung.

Zu beziehen von **C. W. Ludwig's Selbstverlag** zu Gießen i. Th., sowie durch die Expedition dieses Blattes.

**Genossen! Kauft nur den Meistst**

von **Jean Blos**. Stein bei Nürnberg.



**Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.**

**Titus Axen**, Altona.

Preislisten gratis und franko.

**Journirpressen,**

neueste Konstruktion, geschliffen geschliffen, bei **F. Grünig**, Offenbach a. M.

Advertisement for **Meinel & Herold** featuring a small illustration of a press and a list of products and prices.

**Achtung, Holzarbeiter des Blauen Grundes!**

Am Donnerstag, den 28. Dezember, Abends 7 Uhr, findet in Deuben im „Augustus-Bad“ die Wahl zum **Gesellenauschuss** statt. Es ist Pflicht eines jeden Holzarbeiters, in dieser Versammlung zu erscheinen und sein Wahlrecht auszuüben.

**Achtung!!!**

**Fachgenossen!!!**

„Bratsch“-Eichen-Wachsbeize in 9 verschiedenen Farben, taucht das Holz nicht auf, macht d. Schleifen überflüssig.

Granatpolitur. Verhütet Delaunsschlag, sofort glasartig u. spiegelblank, halbe Arbeit. Aufpolieren nicht mehr möglich.

Schellack-Porenfüller. Füllt sofort die Poren der Holzger und ist im Augenblick trocken.

Metropol-Politur. Schnellste Schellackpolitur mit Delgehalt. Leichtes und schnelles Arbeiten ohne Delanwendung.

„Bratsch“-Lacke, -Polituren, -Beizen. Seit 1866 nach Angaben v. Fachgenossen hergestellt und erprobt.

Prämiirt in Berlin und Leipzig. - Muster und Prospekte gratis. **C. Bratsch**, Lackfabrik, Reinickendorf-Berlin.

**Paul Horn, Hamburg**

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36

**Fabrik chemischer Produkte.**

**Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

**Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

**Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

**Paul Horn's** Polituren-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

**Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

**Paul Horn's** Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

**Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt Garantie d. Oelauusschlagen. Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

**Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

**Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

**Paul Horn** liefert Ia. rectifizirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

**Paul Horn** ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.

**Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

**Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerai-Fachausstellung Leipzig 1890.

**Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

**Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

**1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.**